

## KULTURPOLITIK AUSSERHALB DER GRENZEN

Niemand wird bestreiten, daß der Einmarsch Adolf Hitlers in Polen am 1. September 1939 mit Wissen seiner höchsten Chargen, also auch Heinrich Himmlers erfolgte, obgleich gerade im Falle des Reichsführers-SS schwer zu eruieren ist, wann und wie weit er in die Kriegspläne seines Führers eingeweiht war<sup>1</sup>. Vergleichsweise schwierig ist es festzustellen, wann und wie tief der geplante Kriegsbeginn im Bewußtsein der „Ahnenerbe“-Funktionäre Platz gegriffen hat. Einige Indizien deuten darauf hin, daß der Kriegsausbruch zum 1. September die Vereinsleitung ebenso unvermutet traf wie die meisten deutschen Volksgenossen: die Salzburger Wissenschaftswochen, die bis zum 2. September angesetzt waren, mußten Hals über Kopf abgeblasen werden; gewisse Projekte wurden sehr plötzlich zurückgestellt, etwa die für Mitte des Monats vorgesehene Gründung des „Reichsbundes Deutscher Höhlenforscher“<sup>2</sup> oder die Drucklegung der Kieler und Salzburger Tagungsberichte<sup>3</sup>. Andererseits war die Entwicklung des „Ahnenerbes“ in den vorangegangenen Monaten ja schon ziemlich eindeutig von den sich überall im Reich vollziehenden Vorbereitungen für eine imminente kriegerische Auseinandersetzung bestimmt worden, die sich sowohl an Einzelsymptomen als auch an der sich langsam wandelnden Thematik der Forschungsgemeinschaft ablesen ließ. Nicht zu Unrecht ließ das „Ahnenerbe“ denn im Frühjahr 1940 in einem Mitgliedsbrief verlauten, gewisse Abteilungen seien mit „Energie an die Bewältigung solcher Aufgaben gegangen, die zwar immer schon im Bereich des ‚Ahnenerbes‘ gelegen haben, jetzt aber besonders gegenwartsnah und wichtig geworden sind“<sup>4</sup>. Zu den Einzelsymptomen mag man beispielsweise die Errichtung einer Unterabteilung für „Wehrgeologie“ innerhalb der Pflegstätte für Karst- und Höhlenkunde in Salzburg rechnen, und zwar im Herbst 1938<sup>5</sup>, also zur Zeit des Münchener Abkommens. Bezeichnend ist auch, daß die Vereinsleitung schon damals wegen der einsetzenden Einberufung männlicher Mitarbeiter unter jenen Personalschwierigkeiten zu leiden begann<sup>6</sup>, die die Arbeiten des „Ahnenerbes“ später ständig gefährden sollten. Interpretiert man den allmählichen Trend zur materialistischen Zweckwissenschaft, der die Fragestellung vieler „Ahnenerbe“-Arbeiten seit 1937 festlegte, als historische Vorstufe zu der für das „Ahnenerbe“ nach 1939 typischen „Kriegswissenschaft“, die im übrigen auch von einer schärferen ideologischen Polarisierung im Bereich der sog. Geisteswissenschaften geprägt wurde, so könnte man fast zu dem Schluß kommen, daß — etwa aus der Sicht von 1945 — die Forschungsgemeinschaft Himmlers seit ihrer Entstehung gänzlich folgerichtig in die Kriegsphase des Dritten Reiches hineingewachsen sei. Im Herbst 1939 sah es an der Oberfläche so aus, als müsse das „Ahnenerbe“ einige Anstrengungen machen, um überhaupt zu überleben; nach näherem Hinblicken aber hätte man entdecken können, daß der Verein sich den neuen Gegebenheiten recht elegant anzupassen wußte, bis Himmler ihm einen scheinbar endgültigen Stellenplatz im politischen Apparat der Schutzstaffel zuwies. Ende September wurde zur Gewißheit, daß sich der gesamte wissenschaftliche Betrieb des „Ahnenerbes“ in der bisherigen Form nicht werde aufrechterhalten lassen. Einmal machte sich der wachsende Personalmangel sehr unangenehm bemerkbar: die meisten der wehr-

tüchtigen Männer des „Ahnenerbes“ wurden nach und nach zur Wehrmacht eingezogen; weibliche Ersatzkräfte waren nur beschränkt einsatzfähig. Zum anderen ging das Geld aus. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, auf die das „Ahnenerbe“ zum größten Teil noch angewiesen war, wollte nur mehr „kriegswichtige“ Arbeiten finanzieren<sup>7</sup> – und ob die Aufgaben des „Ahnenerbes“ hierfür sofort zu qualifizieren sein würden, war die Frage.

Im Oktober stand fest, daß der monatliche Etat der Forschungsgemeinschaft Himmlers von 85 000 RM auf 50 000 RM gedrückt werden mußte<sup>8</sup>: das lief auf eine Einschränkung der Arbeiten um etwa ein Drittel hinaus. So gut es ging, versuchten Himmler und seine Männer sich zu arrangieren. Es wurde allgemein entschieden, nur noch solche wissenschaftlichen Mitarbeiter weiter zu besolden, die wirtschaftlich schwer Not litten, so der seit geraumer Zeit für das „Ahnenerbe“ wirkende Vorgeschichtler Alfred Rust aus Ahrensburg, der als Autodidakt ohne formelle Hochschulbildung noch immer auf eine Assistentenstelle an der Universität Kiel wartete: er erhielt 300 RM monatlich. Manch eine Forschungsstätte mußte stillgelegt werden, besonders auf „kriegsunwichtigem“ geisteswissenschaftlichem Gebiet; die meisten der gerade laufenden Spezialaufträge wurden annulliert, auch das Forschungswerk „Wald und Baum“. Der Führungsdienst an den Externsteinen wurde unterbunden, die Salzburger Außenstelle Süd-Ost geschlossen; *Germanien* erschien hinfort nur noch sechsmal im Jahr. Die Grabungen ruhten schon deshalb, weil alle Vorgeschichtler und ihre Helfer als wehrfähig galten; lediglich Unterwisternitz wurde von dem nicht wehrdienstberechtigten Holländer Bohmers mit bereits zur Verfügung gestellten Mitteln fortgeführt, wenn auch nur auf Abruf<sup>9</sup>. Ende Oktober befanden sich dreißig aktive Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ bei der Wehrmacht, bei der SS-Verfügungstruppe oder bei kriegswichtigen Dienststellen im Westen und Osten des Reiches<sup>10</sup>.

Himmler ließ damals durchblicken, daß er gar nicht daran dachte, die Beschneidungen des „Ahnenerbes“ als endgültig anzusehen. Seiner Ansicht nach war es unumgänglich, die Aktivität seines Vereins vorübergehend einzudämmen, doch würden sich beizeiten, zumindest aber nach dem Kriege, Mittel und Wege finden, die Arbeit im alten Stile wieder aufzunehmen<sup>11</sup>. Das sollte namentlich für die Geisteswissenschaften gelten, für diejenigen Disziplinen also, die die Wirtschaftsplaner und Strategen nun einmal nicht als unbedingt „kriegswichtig“ einstufen. Er entschloß sich deshalb, Eindämmungen so zu gestalten, daß eine volle Wiederaufnahme der betreffenden Arbeiten jederzeit möglich sein würde.

In Wahrheit war Himmler jedoch über diese Einschränkungen gar nicht so sehr be­trübt. Er hat nämlich nur wenige Monate gebraucht, um das „Ahnenerbe“ auf kriegswichtige Aufgaben umzustellen, und er ging dabei ebenso konsequent vor wie im Frühjahr 1938, als er das „Ahnenerbe“ in der gerade gewonnenen Ostmark „verankerte“. Und in eben dem Maße, wie diese Verankerung damals seiner eigenen politischen Machtentfaltung dienstbar gemacht worden war<sup>12</sup>, wurde der kriegsbedingte Einsatz des „Ahnenerbes“ innerhalb der neu eroberten Gebiete für die Erfüllung weiter steigender Machtansprüche benutzt. Mit ihrer politischen Funktion im europäischen Osten sollte die Forschungsgemeinschaft Himmlers hierfür ein erstes Exempel statuieren.

## 1. Das „Ahnenerbe“ in Polen und Rußland

Nach einem Schreiben des damaligen Stellvertretenden Reichsgeschäftsführers Dr. Friedhelm Kaiser an Kurator Wüst vom 13. November 1939 zu urteilen, war Himmler, der wenige Tage nach Kriegsausbruch in die Nähe des Führerhauptquartiers an der polnischen Front gefahren war<sup>13</sup>, sich im Herbst noch nicht schlüssig, wie sein „Ahnenerbe“ für den Krieg „nutzbringend einzusetzen“ sei. Ganz allgemein verfügte er zunächst einen Einsatz für „politischen Bedarf“, überließ es dann aber den „Ahnenerbe“-Chefs, sich nach einem geeigneten Wirkungsbereich umzusehen<sup>14</sup>. Die Funktionäre, selbst an einem Fortbestehen ihrer Forschungsgemeinschaft interessiert, „schmiedeten Pläne“ und streckten Fühler „nach den verschiedensten Seiten“ aus, um eine „greifbare Grundlage“ für die politische Arbeit des Vereins zu finden<sup>15</sup>. So wandten sie sich beispielsweise an das Propagandaministerium, aber dort bedurfte man des „Ahnenerbes“ nicht<sup>16</sup>. Über das Auswärtige Amt gelang es dem „Ahnenerbe“ dann, sich an einer Bergungsaktion zugunsten deutscher Kulturgüter in Lettland und Estland zu beteiligen. Die beiden baltischen Staaten waren laut deutsch-russischem Nichtangriffspakt vom August 1939 zur sowjetischen Interessensphäre erklärt worden; Hitler ordnete deshalb Ende September die Rückführung von 86 000 Volksdeutschen ins Reich an<sup>17</sup>. Am 15. und 30. Oktober wurden dann rechtskräftige Verträge zwischen Berlin und den Regierungen in Reval und Riga bezüglich der bevorstehenden Rücksiedlung unterzeichnet<sup>18</sup>. Kurz danach traf eine deutsche Archiv-Delegation in den beiden Ländern ein, um deutsches „Kulturgut“ vor dem zu erwartenden Einmarsch der Roten Armee zu sichern. Zumeist handelte es sich hier um deutsche Kirchenbücher, die von der Deutschen Archivkommission (Dr. Mommensen in Reval und Dr. Dülfer in Riga) fotokopiert wurden. Abgeordnete des „Ahnenerbes“ halfen dabei, betrieben daneben aber auch noch den Abtransport deutscher Archivalien ins Reich<sup>19</sup>. Dieser Einsatz im Baltikum war, wie Sievers später seinen Mitarbeitern auf einer internen Abteilungsleitertagung erläuterte, „sehr schnell“ abgeschlossen<sup>20</sup> – zu schnell, nämlich noch im Jahr 1939, ohne daß dem „Ahnenerbe“ nun Gelegenheit gegeben worden wäre, seine politischen Fähigkeiten mit Nachdruck unter Beweis zu stellen.

Denn auch die zweite kriegswichtige Aktion, an der sich das „Ahnenerbe“ von Ende 1939 an beteiligen durfte, war politisch nicht von großem Belang. Wenige Tage nach Kriegsbeginn hatte Sievers im Sinne der Himmlerschen Direktiven dem Reichsführer-SS einen Vorschlag zur Ergreifung von „Schutzmaßnahmen“ zur „Sicherung“ vorgeschichtlicher Denkmäler im besetzten Polen unterbreitet, Himmler hatte dem zugestimmt<sup>21</sup>. Prähistoriker, die dem „Ahnenerbe“ nahestanden, sollten über das Referat des „Ahnenerbe“-Freundes Six im Reichssicherheitshauptamt in Polen eingesetzt werden, um dort Einblick in die Museen zu nehmen, insbesondere die in Krakau, wohl deshalb, weil man gerade hier zahlreiche „germanische“ Stücke vermutete. „Kulturgüter“ waren „möglichst vollständig“ nach Deutschland zu schaffen; dabei sollte auch das „Ahnenerbe“ auf seine Kosten kommen: ein Teil der für die Arbeit des „Ahnenerbes“ wichtigen Sammlungen vor- und frühgeschichtlicher, aber auch volks- und naturkundlicher Provenienz war „zu sichten, sicherzustellen und nach Berlin zu verbringen“<sup>22</sup>. Kataloge, Karteien und Listen von polnischen Museumsbeständen, von dem Prähistoriker Ernst Petersen zusammengestellt, waren seit Ende September in Sievers' Händen<sup>23</sup>.

Das prähistorische Bergungskommando wurde unter der Leitung des einstigen „Ahnenerbe“-Mitglieds<sup>24</sup> Peter Paulsen, damals gerade Vorgeschichts-Dozent an der Berliner Universität, Ende Oktober nach Krakau in Marsch gesetzt. Paulsen besaß in seinem neuen Metier bereits einige Erfahrung: Mitte Oktober hatte er im Auftrag von Kultusministerium und Prof. Six vom RSHA einen Teil des weltberühmten Krakauer Marienaltars von Veit Stoß nach Berlin gebracht. Nach Verfrachtung auf einigen alten Möbelwagen des RSHA waren die „in riesengroßen Kisten verpackten Figuren des Veit-Stoß-Altars“ in der Hauptstadt „in einem gesicherten Raum unter der Reichsbank“ abgeliefert worden<sup>25</sup>; der Altarschrein selbst war in Krakau verblieben<sup>26</sup>. Nürnberger Aussagen Görings zufolge sollten die Kunstschätze im Germanischen Museum zu Nürnberg, der Geburtsstadt des Meisters Stoß, aufbewahrt werden<sup>27</sup>.

Nach seiner abermaligen Ankunft in Krakau geriet Paulsen jedoch in den Strudel gegeneinanderwirkender nationalsozialistischer Kompetenzströmungen. Denn Ende Oktober amtierte im neuerrichteten „Generalgouvernement“ bereits der Staatssekretär Dr. Kajetan Mühlmann als Hermann Görings „Sonderbeauftragter für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze“<sup>28</sup>. Sowohl Mühlmann als auch Paulsen – beide aus verschiedenen Richtungen legitimiert – nahmen das Recht für sich in Anspruch, „wertvolle und wichtige Kulturgüter, die vor allem in zerstörten Museen gefährdet waren, vor Eintritt des Winters“ zu „schützen und sichern“<sup>29</sup>. Der Gang der Arbeit wurde durch die nun einsetzenden „Kompetenzstreitigkeiten sehr erschwert“<sup>30</sup>. Erst nach mehreren Aussprachen zwischen Paulsen und Mühlmann gelang es, eine „Arbeitsteilung“ herbeizuführen: Mühlmann werde sich nur um die eigentlichen Kunstgegenstände bemühen, Paulsen die Vorgeschichte „betreuen“<sup>31</sup>. Dennoch blieb das Kommando Paulsen künftig erfolglos. Paulsens Vorgesetzten erschien der SS-Untersturmführer viel zu abhängig von wissenschaftlichen Hilfskräften – beispielsweise den vom „Ahnenerbe“ angeforderten Experten Prof. Dr. Tratz und SS-Rottenführer Dr. Wilhelm Mai<sup>32</sup> –, so nahm es die Herren in Berlin auch gar nicht wunder, daß er sich gegen die neuerlichen Verfügungen des Generalgouverneurs Dr. Hans Frank und des „Sonderbeauftragten“ Mühlmann nicht durchzusetzen vermochte. Ende November erging das Verbot, irgendwelche polnischen Wertgegenstände ohne die vorherige Genehmigung des Generalgouverneurs nach Deutschland zu schaffen – Museumsbestände fielen auch darunter<sup>33</sup>. Das hieß, daß die Bestände des Warschauer Archäologischen Museums (Lazinski Park), das die Funde 20jähriger Ausgrabungstätigkeit in Polen barg, nicht ohne weiteres nach Deutschland gebracht werden konnten: die Zuständigkeitsquerelen, die mehr und mehr die Verwaltung in den besetzten Gebieten, gerade denen des Ostens, charakterisieren sollten, nahmen ihren Lauf. Hier nun sprang Prof. Dr. Hans Schleif, Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ und mittlerweile auch Hauptsturmführer in der SS, ein: von Posen aus, wo er sich damals aufhielt, veranlaßte er auf eigene Faust den Abtransport der fünf, mit den Sammlungen des Museums angefüllten Güterwaggons von Warschau nach Posen im angegliederten Wartheland<sup>34</sup>. Von dort gelangte die Fracht wahrscheinlich zum Reichssicherheitshauptamt nach Berlin<sup>35</sup>. Damit fand die Arbeit des unfähigen Paulsen in Polen vorerst ein Ende. Bis Februar 1940 war der Prähistoriker zurück ins Reich nach Rostock versetzt worden<sup>36</sup>.

Mochte Hans Schleif wegen seiner eigenmächtigen Aktion im Januar 1940 auch ein

schlechtes Gewissen zur Schau tragen<sup>37</sup>, so war er doch nicht gänzlich ohne offizielle Vollmachten. Seit dem 1. Dezember 1939 nämlich agierte Schleif als sogenannter „Treuhand“ der Haupttreuhandstelle Ost im Reichsgau Wartheland; als solcher signalisierte er den endgültigen Durchbruch des „Ahnenerbes“ in den Bereich politischer Aktivität. Die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) war durch einen „nur für den inneren Dienstgebrauch bestimmten Erlaß“ Hermann Görings in dessen Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Reichsverteidigungsausschusses am 19. Oktober 1939 ins Leben gerufen und am 1. November durch eine „Bekanntmachung“ öffentlich bestätigt worden<sup>38</sup>. Die Aufgabe dieser HTO war es, das von militärischen, zivilen und anderen Dienststellen bereits beschlagnahmte polnische Privat- und Staatseigentum, einschließlich des jüdischen, wie auch noch zu beschlagnahmenden Besitz an Grundstücken, Betrieben usw. einheitlich zu betreuen und verwalten<sup>39</sup>. Dabei war erst an eine Verwaltung sämtlicher beschlagnahmter Vermögen im von deutschen Truppen besetzten ehemaligen polnischen Staat gedacht, am 15. November aber wurde für das Generalgouvernement eine besondere Treuhandstelle vorgesehen, die der HTO nicht unterstand, während die HTO selbst nur für die eingegliederten Ostgebiete gültig war. Hier mischte sich nun der Reichsführer-SS Heinrich Himmler ein: er war gerade „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) geworden und fühlte sich in seinem Zuständigkeitsbereich durch die Bildung der HTO „beeinträchtigt“<sup>40</sup>. Am 10. November meldete er seinen Anspruch in einem unveröffentlichten Erlaß an: er verfügte, daß zumindest beschlagnahmter und zu beschlagnahmender polnischer Agrarbesitz nicht von der HTO, sondern vom RKF zu übernehmen sei, im übrigen ordnete er, um eingeschaltet zu bleiben, Maßnahmen „betreffend Zusammenarbeit der Behörden des Reichsführers-SS mit der Haupttreuhandstelle Ost“ an<sup>41</sup>. Am 16. Dezember ging Himmler noch einen Schritt weiter: er zitierte eine „Beschlagnahmeverfügung“ der HTO vom 1. des Monats. In Archiven, Museen, öffentlichen Sammlungen und privaten polnischen und jüdischen Häusern seien zu beschlagnahmen: „1. Geschichtliche und vorgeschichtliche Gegenstände, Urkunden, Bücher, Dokumente, die für die Behandlung des kulturgeschichtlichen und öffentlichen Lebens, insbesondere für die Frage des deutschen Anteils an dem historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes von Bedeutung sind, sowie Dokumente, die für die Zeitgeschichte Wichtigkeit haben; 2. künstlerisch oder kulturgeschichtlich wertvolle Gegenstände, wie Gemälde, Bildhauerarbeiten, Möbel, Teppiche, Kristalle, Bücher und dergleichen; 3. Einrichtungs- und Schmuckgegenstände aus edlen Metallen.“<sup>42</sup> Die kommissarische Verwaltung der requirierten Gegenstände werde angeordnet; einem Beauftragten des Präsidenten der Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe e. V.“, Berlin-Dahlem, Pücklerstraße 16, werde die „Generaltreuhänderschaft“ übertragen mit der Befugnis, „von sich aus Treuhänder und Unterbevollmächtigte zu bestellen“ mit dem Recht, „alle Maßnahmen, die zur Sicherstellung und Erhaltung der beschlagnahmten Gegenstände erforderlich sind, zu treffen“<sup>43</sup>. Unter der Ziffer II seines Erlasses vom 16. Dezember ernannte Himmler dann kraft seiner Ämter als Präsident des „Ahnenerbes“ und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums den Ministerialdirigenten im Reichserziehungsministerium und Abteilungsleiter im „Ahnenerbe“, Prof. Dr. Heinrich Harmjanz, zum „Generaltreuhänder“; sein geschäftsführender Stellvertreter wurde „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführer SS-Sturmbannführer Wolfram

Sievers<sup>44</sup>. Harmjanz und Sievers erhoben dann ihrerseits den „Ahnenerbe“-Professor Schleif zum Treuhänder der HTO-Zweigstelle Posen; andere Vertrauensleute wurden in drei weiteren Treuhandstellen in den angegliederten Gebieten (Danzig, „Litzmannstadt“, Kattowitz) stationiert<sup>45</sup>.

Dieser Vorgang ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Einmal erhellt daraus, wie bestrebt Himmler nach Kriegsausbruch war, sein „Ahnenerbe“ zur Machtausweitung zu benutzen. Die Forschungsgemeinschaft besaß zwar keinerlei Qualifikationen für die Beschlagnahme von Schmuckgegenständen, Möbeln oder Teppichen, aber immerhin ergab sich ja ein offizieller Vorwand unter dem oben angeführten Punkt 1: „Geschichtliche und vorgeschichtliche Gegenstände, Urkunden, Bücher, Dokumente“ usw. So konnte man die neue politische Funktion des „Ahnenerbes“ also noch einigermaßen vertreten. Zum zweiten wird deutlich, daß der Reichsführer-SS unter Berufung auf seine gerade erworbene Vollmacht als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums nicht im mindesten davor zurückschreckte, in Verfolgung eigener Machtziele in den Einflußbereich seiner Rivalen – in diesem Falle Görings – einzubrechen. Der Krieg hatte jedem der Reichsleiter und Reichsminister die Gelegenheit geboten, seinen Einfluß vom Altreich in besiegtes Feindesland hineinzutragen; Hitler selbst aber hütete sich, die Kompetenzen seiner Paladine irgendwie abzugrenzen, so mußte denn jeder sehen, wie er sich gegen die anderen „Bevollmächtigten“ behaupten könne. Gerade dieses Regierungsprinzip aber bewirkte schließlich die Zerrissenheit innerhalb der höchsten Führungsspitze, die den Volksgenossen in ihrer Totalität freilich bis zuletzt verborgen blieb. Was Himmler anging, so besaß er die schon allmächtige SS und Polizei, gerade er würde sich in den Ostgebieten bei der Anmaßung und Ausübung neuer Hoheitsrechte von niemandem dreinreden lassen, auch von Reichsmarschall Göring nicht, dem nach Hitler noch immer prominentesten Mann im Staate. Hier muß berücksichtigt werden, daß wahrscheinlich Göring selbst es war, der die Beteiligung Himmlers und seiner Männer an den Aufgaben der Haupttreuhandstelle Ost veranlaßte. Ein ehemaliger Mitarbeiter der HTO hat nach dem Kriege erklärt, die Dienststellen Görings hätten nicht über eine genügende Anzahl von Fachleuten verfügt, um die Aufgaben der HTO in Polen, die in zahlreichen Fällen spezielle Anforderungen an die Ausbildung der Experten auf historischem oder künstlerischem Gebiet stellten, zur vollen Zufriedenheit wahrzunehmen<sup>46</sup>. So nahm Göring denn die Wissenschaftler des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Anspruch.

Über dieses Reichskommissariat gibt es bis heute mehrere Darstellungen<sup>47</sup>. Nach der blitzartigen Eroberung Polens hatte sich Hitler eigene Gedanken über eine Neuordnung Europas auf dem Wege einer „Umsiedlung der Nationalitäten“ gemacht dahingehend, daß „sich am Abschluß bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist“<sup>48</sup>. Im übrigen gelte das nicht nur für Polen, sondern für den gesamten europäischen Osten und Südosten<sup>49</sup>. Daher bestimmte Hitler am 7. Oktober 1939, dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler oblagé fortan: „1. die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland; 2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten; 3. die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.“<sup>50</sup> Dem Reichsführer-SS wur-

den „alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen“ Handhaben gegeben<sup>51</sup>. Himmler schuf darauf für sich selbst, als Symbol seines Machtanspruches außerhalb der alten Reichsgrenzen, den Titel und das Amt eines „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“<sup>52</sup>. In dieser Formulierung manifestierte sich das Konzept einer militanten Siedlungspolitik, das sich auf gedanklichen Konstruktionen aus seinem, seit dem Weggang Darrés geläuterten, SS-Rasse- und Siedlungshauptamt aufbaute.

Zunächst mußte Himmler für einen fähigen Apparat sorgen. Nach dem Grundsatz, sich möglichst bereits vorhandener Behörden zu bedienen, ansonsten aber nur einen kleinen, wenn auch kompetenten Führungsstab zu benutzen, erhob Himmler Mitte Oktober die schon seit Juni 1939 für optierende Südtiroler bestehende SS-Leitstelle für Ein- und Rückwanderung unter dem SS-Oberführer Ulrich Greifelt zur Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF)<sup>53</sup>. Diese Dienststelle wurde dann wiederum in verschiedene Hauptabteilungen unterteilt<sup>54</sup>. Als Hoheitsträger des RKF fungierten offiziell „Beauftragte“, so Reichsstatthalter, Höhere SS- und Polizeiführer, Oberpräsidenten und, später in den besetzten westlichen Gebieten, die Chefs der Zivilverwaltung<sup>55</sup>.

Hans Buchheim hat darauf hingewiesen, daß die nähere Aufgabenstellung des RKF, „Umsiedlung, Ansiedlung, Ausschaltung schädlicher Elemente“ mit der Bezeichnung „Festigung deutschen Volkstums“, ja „Volkstumspolitik“ überhaupt nicht in Einklang zu bringen war, da einmal der Leiter der federführenden Dienststelle, Greifelt, kein Volkstums-Experte war, und zweitens die Hauptaufgabe des RKF, die Rücksiedlung auslandsdeutscher „Arbeitskräfte“ ins Reich, vorwiegend eine ökonomische, nicht aber eine bevölkerungspolitische Angelegenheit darstellte<sup>56</sup>. Dies ist sicher richtig, man darf jedoch annehmen, daß Himmler persönlich das Problem mehr von der bevölkerungspolitischen als von der rein wirtschaftlichen Seite her betrachtet hat: prinzipiell mußte jeder „umgesiedelt“ werden, der rassisch als Deutscher galt, jedoch bei einem fremden Volksstamm wohnte. Deutsche in Polen, Südtirol und in der Gottschee – sie alle gehörten, schon aus ideologischen Gründen, „heim ins Reich“. Daneben wollte Himmler auch fremden, eroberten Boden deutscher Besiedlung zugänglich machen, so im Falle Polens und später Südrußlands. Letztlich konnte er versuchen, andere Nationalitäten einzudeutschen, indem er fremdes Blut „ausmendelte“, soweit dies aufgrund eines gewissen Prozentsatzes deutschen Blutes überhaupt möglich war – in diesen Spekulationen ließ Himmler sich von seinen SS-Rasstheoretikern stützen. In Polen beispielsweise hielt er Kaschuben, Schlonsaken, Masuren, Goralen und „Wasserpolen“ für eindeutschungswürdig – insgesamt etwa 800 000 Menschen, bei denen sonst eine „klare völkische Zuordnung“ weder zum polnischen noch zum deutschen Volkstum möglich sei<sup>57</sup>.

Ansonsten ergaben sich Himmlers Aufgaben als RKF in Polen aus der Notwendigkeit einer kulturellen Urbarmachung polnischen Bodens zum Zwecke der Neubesiedlung durch germanenstämmige Deutsche, wobei es dem Reichsführer-SS nicht so sehr darauf ankam, die polnischen Gebiete von den Anzeichen slawischer Besiedlung (von „Kultur“ sprach Himmler in diesem Zusammenhang nicht) zu reinigen als zu beweisen, daß Polen ja früher als Nährboden für eine rein germanische Kultur gedient habe – das könnte man mit wissenschaftlichen Mitteln, etwa mit denen der Vor- und Frühgeschichte, schon bewerkstelligen. Hier nun bot sich eine vortreffliche Gelegenheit, das „Ahnenerbe“ einzusetzen; die Bindung an das Reichskommissariat

wurde dadurch erleichtert, daß dieses weder eine parteiamtliche noch eine staatliche Stelle darstellte, sondern nur der SS angeschlossen war (zunächst lose, bis es Mitte Juni zu einem SS-Hauptamt wurde<sup>58</sup>), so daß Himmler bei der Erweiterung des Apparates weder auf staatliche noch parteiamtliche Behörden zurückzugreifen brauchte. Vielmehr durfte er sich Institutionen bedienen, die, wie das RKF selbst, organisatorisch wie rechtlich nirgendwo verankert waren; dafür war das „Ahnenerbe“, halb SS-Dienststelle, halb Verein, weder aus Staats- noch aus Parteimitteln finanziert, geradezu paradigmatisch. Mithin beauftragte der RKF am 2. Januar 1940 des „Ahnenerbe“ e. V.“ mit der „Aufnahme und Bearbeitung des gesamten dinglichen Kulturgutes aller umzusiedelnden Volksdeutschen“ und mit der „Aufnahme und Bearbeitung aller vor- und frühgeschichtlichen sowie volkskundlichen Fragen in den neuen Ostgebieten“<sup>59</sup>. Die technische Durchführung der Arbeiten hatte nach den Weisungen Greifelts zu erfolgen, der dem „Ahnenerbe“ auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen würde<sup>60</sup> – darauf kam es den Vereinsfunktionären besonders an.

In Polen erfüllte das „Ahnenerbe“ seit Januar 1940 demnach eine politische Doppelfunktion: seine Mittelsmänner dienten sowohl Görings HTO (dies nur in den angegliederten Gebieten) als auch dem RKF (in allen polnischen Gebieten). Nun arbeiteten nicht nur „Ahnenerbe“-Mitglieder für die HTO: außer jenen wurden ursprünglich auch Angehörige der Wehrmacht und Zivilpersonen im Osten eingesetzt, die später freilich zum „Ahnenerbe“ überwechseln mochten<sup>61</sup>. Von den vier „Erfassungskommandos“, die den Treuhändern in Kattowitz, Posen, Lodz („Litzmannstadt“) und Danzig beigegeben waren, stand nur eines unter dem zeitweiligen Kommando eines „Ahnenerbe“-Mitgliedes, Dr. Günther Thaerigen<sup>62</sup>. Und Professor Schleif in Posen war unter den vier Treuhändern der einzige „Ahnenerbe“-Mann; im September 1940 wurde er überdies von Professor Petersen abgelöst, der dem „Ahnenerbe“ zwar nahestand, aber kein formelles Mitglied war<sup>63</sup>. Warum ausgerechnet Heinrich Harmjanz als der geistesgeschichtliche Referent im Reichserziehungsministerium zum „Generaltreuhänder“ für die HTO avancierte, ist auf den ersten Blick hin schwer zu begreifen. Harmjanz, Leutnant der Reserve, wurde im Herbst 1939 von seinem Ministerium in der Eigenschaft als Referent für Kulturpolitik bei den deutschen Militärbehörden zum OKH nach Krakau abkommandiert<sup>64</sup>. Da beim „Ahnenerbe“ und Reichssicherheitshauptamt kein Zweifel darüber zu herrschen schien, daß Harmjanz in seiner neuen Funktion die Interessen der SS „auf allgemein kulturellem, insbesondere volkskundlichem und vor- und frühgeschichtlichem Gebiet“ wie bisher vertreten werde<sup>65</sup>, schlug Sievers seinem Reichsführer den Professor aus dem REM als den geeignetsten Kandidaten für das Amt des von Himmler zu ernennenden „Generaltreuhänders“ der HTO vor<sup>66</sup>. Sievers, als der Stellvertreter, „werde sich um alles kümmern und habe die anfallenden Arbeiten zu erledigen“<sup>67</sup>. Nun war Harmjanz' Rolle jedoch nicht nur nomineller und repräsentativer Art; Sievers „kümmerte“ sich zwar um mehr Dinge als der REM-Professor, immerhin trat auch dieser öfters in Aktion. Er besprach die wichtigsten Maßnahmen mit Sievers<sup>68</sup>; gelegentlich hat er sich auch persönlich um gewisse Dienstangelegenheiten bemüht, insbesondere solche personeller Natur: er benannte die einzelnen Herren, die als Gutachter für die HTO in Frage kamen (von diesen eben auch nicht alle aus dem „Ahnenerbe“!), aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen im Reichserziehungsministerium schöpfend<sup>69</sup>. So war er es, der Schleif

am 1. Dezember 1939 einstellte<sup>70</sup>, im September 1940 aus Posen entließ und Petersen an seiner Statt beauftragte<sup>71</sup>. Mit den Erfassungskommandos selbst scheint er nichts zu tun gehabt zu haben, was jedoch nicht ausschließt, daß er für deren Tätigkeit auch ein gewisses Maß an Verantwortung trug, das hier nicht geschätzt werden kann.

Den „Kommandos“ oblag es, Kulturgüter und Vermögenswerte zu „registrieren“ und „sicherzustellen“, dabei mochte es sich um Kunstgegenstände im Schloß Eichenhain bei Posen handeln<sup>72</sup>, oder um Silberwaren aus dem ehemaligen Besitz der Fürsten Radziwil<sup>73</sup>. Mit der Wahrung vorgeschichtlicher Denkmäler in Polen, die Sievers noch im Herbst 1939 auf der Seele gelegen hatte, hatten diese Aktionen jedenfalls nichts gemein: hier handelte es sich um die Wegnahme polnischer Vermögenswerte, „an deren Sicherstellung und sachgemäßer Behandlung ein deutsches Interesse“ bestand<sup>74</sup>. Da die Treuhandstellen befugt waren, die Veräußerung einzelner Objekte im Wert bis zu 500 000 RM selbständig vorzunehmen<sup>75</sup>, wurde ein Teil der Wertgegenstände „an Ort und Stelle“ verkauft<sup>76</sup>, der Rest zur Sammelstelle der HTO nach Berlin geschafft. Schon im April 1940 erbat der Stellvertretende Generaltreuhänder Wolfram Sievers vom SS-Reichssicherheitshauptamt Wagons nebst bewaffnetem Geleitpersonal, um eine Ladung wertvoller Möbel und Schmuck nach Berlin senden zu können<sup>77</sup>. Aber auch Banknoten (im Wert bis zu 1 000 RM)<sup>78</sup>, Büchereien, Kunstschätze, Münzsammlungen, sogar Teppiche wurden requiriert. Bis März 1941 waren unter anderem „registriert“: 500 Schlösser, Güter und Privatwohnungen, 102 Bibliotheken, 15 Museen, 3 Bildergalerien, 10 Münzsammlungen, 25 Statuen und Plastiken, Hunderte von Teppichen, 500 verschiedene Möbelstücke, 300 Kisten mit „verschleppten kirchlichen Kunstwerken“, 25 edelmetallene Kollektionen<sup>79</sup>.

Der Nutznießer nach der Verwertung dieser Schätze war Hermann Göring<sup>80</sup>. Gleichwohl meinte Sievers im August 1941, als ein Ende der Erfassungstätigkeit der HTO in Polen bereits abzusehen war, der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums habe „stärkstes Interesse an der Verwertung der erfaßten und sichergestellten Kulturgüter“. Entscheidungen bei der Verwertung dürften „nicht etwa zu Ungunsten des Reichsführers-SS ausfallen“. Außerdem müßte „nach Abschluß der Arbeiten eine Pauschalvergütung an das ‚Ahnenerbe‘ gezahlt werden, das ja seinen gesamten Apparat [!] für die Arbeiten des Generaltreuhänders zur Verfügung gestellt hat, ohne bisher eine Entschädigung dafür zu bekommen“<sup>81</sup>. Sievers schlug zunächst vor, das „Ahnenerbe“ solle mit fünf Prozent des erhandelten Wertes entschädigt werden<sup>82</sup>, Himmler selbst erhöhte den Prozentsatz dann auf das Doppelte<sup>83</sup>. Der Gesamtwert der bis Dezember 1941, dem Ende der Aktion<sup>84</sup>, konfiszierten Güter belief sich, einer inoffiziellen und wahrscheinlich auch zu niedrigen Schätzung des Stellvertretenden Generaltreuhänders Sievers zufolge, auf drei Millionen Reichsmark<sup>85</sup>; demnach hätte das „Ahnenerbe“ 300 000 RM von Göring erhalten müssen. Nichts dergleichen geschah jedoch: der Reichsführer-SS hatte sein Dezernat zwar erfolgreich von Staats wegen „einsetzen“ können und dessen „Kriegswichtigkeit“ praktisch unter Beweis gestellt, aber den gekürzten Etat der Forschungsgemeinschaft mit den von Göring beanspruchten Mitteln aufzubessern, das vermochte er nun doch nicht.

Daß zwischen Göring und Himmler eine gewisse Rivalität bei der Ausübung ihrer jeweiligen Machtbefugnisse in Polen bestand, selbst wenn ihre Apparate sich dort

miteinander verzahnten<sup>86</sup>, beruhte auf dem für das Dritte Reich so typischen Mangel klarer Abgrenzungslinien zwischen den höchsten Regierungsgremien, dessen Folgen wiederum in den nachgeordneten Instanzen sichtbar wurden, wie das „Ahnenerbe“ zeigt. Sievers tat sich schwer damit, seine Kompetenzen als Stellvertreter der Generaltreuhänder und Interessenvertreter des RKF in Polen nicht zu verwirren. Im Februar 1940, nachdem das „Ahnenerbe“ eigens vom RKF beauftragt worden war, in Polen tätig zu werden, versuchte Sievers, die Aufgabenbereiche einigermaßen gegeneinander abzugrenzen. An Treuhänder Schleif in Posen schrieb er, man müsse unterscheiden zwischen der HTO Görings, für welche die Mitglieder des „Ahnenerbes“ lediglich als individuelle Experten tätig seien, und der Dienststelle RKF, der das „Ahnenerbe“ in seiner Gesamtheit zur Verfügung stünde. Im ersteren Falle würde die Arbeit der „Ahnenerbe“-Mitglieder von der HTO honoriert, im anderen von der Dienststelle Greifelt<sup>87</sup>. In der Folgezeit arbeiteten die Vertreter des „Ahnenerbes“ in der HTO – Sievers, Schleif, Petersen u. a. – mithin für den Volkstumskommissar gewissermaßen simultan. Aber die Aufgabenstellung war jeweils verschieden. Bei der HTO hielt man sich an die Konfiskation und „Sicherstellung“ jedweder materieller Sachwerte, beim RKF interessierte sich das „Ahnenerbe“ wirklich nur für „kulturelle“ Gegenstände, die mitunter natürlich auch einen hohen materiellen Wert besitzen mochten. Aber das war hier nicht das Entscheidende. Beim Haupttreuhänder nahm Göring die Verwertung vor, beim Reichskommissar profitierten die Stellen Himmlers, also verschiedene SS-Ämter, darunter das Reichssicherheitshauptamt, aber auch das „Ahnenerbe“ selbst. Dieser Teil der Aktivität deckte sich also ganz mit der vom „Ahnenerbe“ schon in Friedenszeiten geübten Praktik als Zensor und Konfiskator von Reichsführers Gnaden, im Rahmen einer SS-gerechten kulturellen Wohlfahrtspflege im Reich. Insofern erscheint die Beauftragung der Forschungsgemeinschaft als Agent Himmlers in Polen auch in historischem Rückblick als durchaus konsequent. Schon Ende Februar 1940 hatten Sievers und sein sachverständiger Stab im Zuge einer Sicherstellung des Inventars polnischer Museen „viel Wertvolles“ gefunden, davon manches in Polen „versteckt“ oder „verschwiegen“; soweit es „germanischer Herkunft“ sei, liege es jetzt in Posen, um dann, der ursprünglichen Herkunft entsprechend, „durch unsere Männer“ in Deutschland neu eingegliedert zu werden<sup>88</sup> – vermutlich in deutschen Museen. „Ahnenerbe“-Kurator Wüst wurde im November 1940 der Abtransport der indogermanistischen Seminarbücherei von der Universität Warschau nach München in Aussicht gestellt<sup>89</sup>; dem „Ahnenerbe“ wurde ein halbes Jahr später eine vom RKF konfiszierte Sammlung von Trachten, Flaggen und ähnlichem „Kulturgut“ zugesprochen<sup>90</sup>. Auch diese kulturpolitischen Arbeiten des RKF in Polen waren bis 1941 beendet.

Es steht heute außer Frage, daß es sich sowohl bei den Arbeiten des Generaltreuhänders als auch bei denen des RKF in Polen um schlichten Raub fremden Eigentums gehandelt hat, der allein auf dem Recht des Stärkeren basierte – man mag das allenfalls noch mit dem Euphemismus „Abtransport von Kriegsbeute“ umschreiben. Aber selbst der herkömmliche, d. h. der von den Haager Konventionen gestützte Begriff „Kriegsbeute“ läßt sich auf die in Polen requirierten Vermögenswerte nicht anwenden. Laut internationalem Recht (Haager Konventionen) war die deutsche Besatzungsmacht in Polen lediglich befugt, die Requisition von Gegenständen vorzunehmen, die unmittelbar dazu benötigt wurden, die Besatzung des

besiegten Landes aufrechtzuerhalten<sup>91</sup>. Beschlagnahme und Abtransport von Kunstschatzen, Teppichen, Bibliotheken und Silberzeug waren internationale Vergehen nach damals geltendem Völkerrecht. Nun ist heute allgemein bekannt, daß sich die Nationalsozialisten gerade bei der Besetzung der Ostgebiete, einschließlich Polens, nicht an die Haager Landkriegsordnung gehalten haben, sondern das „Recht“ für sich in Anspruch nahmen, das „politische System und auch die diesem zugrundeliegenden und von ihm getragenen Gesetze des besetzten Gebietes abändern und die politische Ordnung im besetzten Gebiet nach ihren Wünschen und Zielen gestalten“ zu können<sup>92</sup>.

Der deutsch-amerikanische Kunstsachverständige Dr. Hellmut Lehmann-Haupt hat demnach zu Recht behauptet, das „Ahnenerbe“ hätte sich bei der „Sicherstellung“ fremder „Kulturgüter“ des einfachen Raubes schuldig gemacht<sup>93</sup>. Er bildete sein Urteil, nachdem er zahlreiche Originaldokumente analysiert hatte, die auf einen politischen Einsatz des „Ahnenerbes“ in außerdeutschen Gebieten hinwiesen; dabei gelang es ihm allerdings weder den nuancenreichen Charakter der Forschungsgemeinschaft noch ihre verschiedenen Rollen zu verstehen – die Einsätze des Kommandos Paulsen, der HTO und des RKF sind für ihn ein- und dasselbe. Immerhin fand Lehmann-Haupt in den Dokumenten für den Ausdruck „plündern“ die folgenden Synonyme: erfassen; heimholen; sicherstellen; beschlagnahmen; verlagern; durchforschen; verpacken; übernehmen; retten; aufnehmen; rückführen; mitnehmen; ausführen; wiedergewinnen; kaufen; entnehmen; eintauschen; requirieren; abholen; ausschöpfen; abgrasen<sup>94</sup>. Warum indes „kaufen“, „ausführen“, „durchforschen“ und „retten“ interpretationstechnisch mit „plündern“ (Lehmann-Haupt gebraucht in der englischen Übersetzung das Verbum „to loot“) gleichzusetzen sind, ist nicht ohne weiteres einzusehen.

Lehmann-Haupts Dokumentation, die die deutschen Schriftstücke nicht zur vollsten Zufriedenheit des Forschers in gekürzter Fassung und zudem noch in englischer Übersetzung wiedergibt, enthält auch Material zum Einsatz des sogenannten „SS-Sonderkommandos Jankuhn“ in Südrußland 1942/43. Bei dieser Aktion handelte es sich ebenfalls um die Requisition und Verladung fremder Kultur- und Vermögenswerte – in diesem Fall Bestände südrussischer und kaukasischer vorgeschichtlicher Museen –, was offiziell als „Sicherstellung“ bezeichnet wurde. Jankuhn spricht heute noch von „vorgeschichtlichem Denkmalschutz“ an der Ostfront, „da es dort ja keinen organisierten Denkmalschutz gab“<sup>95</sup>. Von echter Sicherung von Kulturwerten im Kampfgebiet wird man jedoch nur dann sprechen können, wenn das vorgeschichtliche Sonderkommando Jankuhn die Museumsbestände nur vorübergehend in Schutzräumen verlagerte, damit sie den Kampfhandlungen nicht zum Opfer fielen. Daß dem so war, läßt sich kaum nachweisen<sup>96</sup>. Mannigfach dagegen sind die Beispiele dafür, daß das Sonderkommando Jankuhn Museumsbestände an die örtlichen SD-Stellen oder gleich ins Altreich verfrachten ließ.

Unter dem Vorwand, den Einfluß der eisenzeitlichen germanischen Bastarnen und Skiren im „Südostraum“ und die Phase des Gotenreiches in Südrußland erforschen zu müssen, schlug der Stellvertretende „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführer Dr. Kommanns im Juli 1941 den „Einbau von Mitarbeitern des ‚Ahnenerbes‘ bei Arbeiten des Reichs-Sicherheitsdienstes im Ostraum“ vor – das war wenige Wochen nach Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion. Die in den russischen Museen liegenden Funde seien bisher „auch nicht im entferntesten“ für die Geschichte der germani-

schen Kolonisation des Südostraumes ausgewertet worden, schrieb Komanns an den alten „Ahnenerbe“-Gönner Prof. Dr. Six, offensichtlich in der Absicht, die Forschungsgemeinschaft für weitere „kriegswichtige“ Einsätze außerhalb des Reiches zu empfehlen. Die wichtigsten der Funde befänden sich in den Museen von „Petersburg“, Moskau, Kiew und Odessa sowie in mehreren Provinzmuseen Südrußlands. „Nicht nur aus kulturpolitischen, sondern auch aus politischen Gründen erscheint es deshalb notwendig, einem der dort zum Einsatz gelangenden SS-Stäbe ein Sonderkommando mit dem Auftrag der Erfassung und Sicherung der historisch wichtigen Funde und Denkmäler der Vorzeit anzuschließen.“ Als Mitglieder des Sonderkommandos wurden vorgeschlagen: SS-Sturmbannführer Prof. Dr. Jankuhn (Kiel), SS-Untersturmführer Prof. Dr. Ernst Petersen (Posen) und SS-Obersturmführer Dr. Günther Thaerigen, damals gerade Kustos am Landesamt für Vorgeschichte in Posen. Zwar sollte die „Sicherung“ allein unter dem Gesichtspunkt deutscher Forscher-Interessen erfolgen, dennoch sollten „die meisten Funde an Ort und Stelle gelassen“ und lediglich fotografiert werden<sup>97</sup>. Die Wegnahme von Kulturgut wurde also nicht von vornherein ins Auge gefaßt, wenngleich nicht ganz und gar ausgeschlossen.

Mitte November waren anstelle Petersens und Thaerigens bereits zwei neue Kandidaten als Mitglieder des neu zu bildenden Sonderkommandos benannt worden: der baltische Vorgeschichtler Dr. Baron Wolf von Seefeld, alter Mitarbeiter der SS-Abteilung „Ausgrabungen“ (1936) und seit 1940 Assistent am Posener Museum<sup>98</sup>, und der Nachfolger Jankuhns am Prähistorischen Museum in Kiel, Dr. Karl Kersten<sup>99</sup>. Marschbefehle für die drei Wissenschaftler, so ließ das RSHA-Amt VII („Weltanschauliche Forschung“ unter den SS-Führern Six und Dittel) Sievers wissen, lägen vor; die „wirtschaftliche Betreuung“ des Unternehmens werde über das „Ahnenerbe“ geschehen, ansonsten würde der regionale SD-Stab in Südrußland „die notwendige Unterstützung“ gewähren<sup>100</sup>. Im Mai 1942 wurde dem damaligen Waffen-SS-Schützen Jankuhn die Ernennung zum Fachführer (F) in der Waffen-SS angekündigt – das entsprach etwa seinem allgemeinen SS-Rang (Sturmbannführer)<sup>101</sup>; im Juli endlich weihte Jankuhn einen Kollegen ein, man würde in Kürze drei Mann hoch in Südrußland „aufkreuzen“<sup>102</sup>.

Eher wäre es gar nicht gegangen, denn erst im Sommer 1942 machte die Eroberung des südlichen Rußland – Kaukasus und Krimgebiet –, wo Jankuhn die ergiebigsten Museen vermutete, nennenswerte Fortschritte: am 1. Juli fiel Sewastopol, am 9. August erreichte die deutsche Heeresgruppe A die Ölfelder von Maikop. Ende August gab General Paulus den Befehl zum Angriff auf die Stadt Stalingrad.

Daß in diesem Kampfgebiet die Notwendigkeit einer Bergung wertvollen vorge-schichtlichen Materials – ob nun slawischen oder germanischen Ursprungs – vor den Wirren des Krieges vorlag, wird niemand bezweifeln. Seit Juli 1942 sah sich Jankuhn, mittlerweile der SS-Division „Wiking“ angeschlossen, des öfteren veranlaßt, von der Zerstörung musealer Schätze durch Kampfeinwirkung zu berichten, da entweder die Deutschen oder die Russen mit ihren Bergungskommandos (soweit sie welche hatten) zu spät gekommen waren. Es ist vom heutigen Standpunkt aus auch durchaus verständlich, daß das Sonderkommando Jankuhn Maßnahmen ergriff, um Museumsbestände im besetzten oder umkämpften Feindesgebiet (man wußte ja auf deutscher Seite nicht, wann die Russen es wieder zurückerobern würden) auszulagern und an sichere Orte zu verbringen – mit den Transportmitteln, die der

Waffen-SS wie den SD-Einsatzstäben in der Gegend zur Verfügung standen. So wurden zwischen dem 18. August und 9. September von Kersten die Museen von Rostow und Nowo-Tscherkask aufgesucht, die Funde wurden sichergestellt<sup>103</sup>. Später leitete Jankuhn ähnliche Aktionen in den Museen von Woroschilowsk, Pjatigorsk und anderen südrussischen Orten<sup>104</sup>.

Was aber geschah mit den Beständen? Sie wurden in vielen Fällen nicht etwa nur vorübergehend evakuiert, sondern von den deutschen Stellen gänzlich konfisziert. Darin lag abermals ein Verstoß gegen die Haager Konventionen<sup>105</sup>. So wurden Museumsbestände aus Rostow in sieben Kisten verpackt und dem örtlichen SD-Stab zwecks Transports nach Deutschland übergeben<sup>106</sup>. Im Oktober 1942 schrieb Jankuhn an das „Ahnenerbe“, Funde aus kaukasischen Museen, auch eine prähistorische Bücherei aus Rostow, seien dem Sonderkommando C IV des SD überlassen worden und sollten von diesem so schnell wie möglich ins Deutsche Reich geschafft werden<sup>107</sup>. SS-Obersturmführer Löhausen, der mit dem Sonderkommando Jankuhn zusammenarbeitete, wurde mehrmals beauftragt, requirierte Bestände nach Berlin zu bringen, darunter sogar einmal die beschlagnahmte wertvolle Bibliothek eines russischen Kommissars mit Namen Lunin<sup>108</sup>. Welche Berliner Stelle die Sendungen in Empfang nahm, geht aus den von Lehmann-Haupt gesammelten Dokumenten nicht hervor, sicher ist jedoch, daß das „Ahnenerbe“ häufig zum Empfänger bestimmt wurde. So sandte Jankuhn schon im August acht verschiedene, wissenschaftlich interessante Gegenstände aus Maikop an das „Ahnenerbe“, und zwar durch „Kurier“<sup>109</sup>. Im September 1942 waren vierzehn Kisten per Eisenbahn zum „Ahnenerbe“ zu befördern<sup>110</sup>; Sievers bestätigte den Empfang im folgenden Januar<sup>111</sup>. In den Kisten befanden sich seltenes ethnologisches Material und der wertvollste Teil einer geographischen und historischen Bücherei über Krim und Kaukasus<sup>112</sup>. Nicht immer erreichten die Sendungen ihren Bestimmungsort. Im Januar 1943 erwartete das „Ahnenerbe“ mehrere vom Sonderkommando Jankuhn übernommene Werke der russischen Archäologie; diese wollte die Forschungsgemeinschaft dem Institut für Vorgeschichte der Universität Rostock zur Verfügung stellen, wo Jankuhn damals gerade lehrte<sup>113</sup>. Doch im Mai hieß es, obgleich im „Ahnenerbe“ bereits eingetroffene Funde noch der Auswertung harreten, sei der gesamte Bestand an von Jankuhn in Südrußland (jüngst) sichergestellten Materialien nicht eingetroffen, ja wahrscheinlich wegen der Kriegslage „verlorengegangen“<sup>114</sup> – möglicherweise war auch die archäologische Literatur darunter.

Am Tatbestand der „Plünderung“ lassen denn die Quellen keinen Zweifel<sup>115</sup>. Wie aber erklärt man sich die Rolle Jankuhns, des nach Sievers' richtigem Urteil „besten Pferdes im Stall der Vorgeschichte überhaupt“<sup>116</sup>? Einmal war der heutige Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens damals gläubiger Nationalsozialist<sup>117</sup>; so hat er auch seine Überstellung in die Waffen-SS 1942 offen begrüßt<sup>118</sup>. Da Jankuhn überdies „mit fast allen guten Deutschen“ der Meinung war, der Zweite Weltkrieg sei Hitler aufgezwungen worden<sup>119</sup>, mag ihm auch ein kriegspolitischer Einsatz in Rußland nicht als Unrecht erschienen sein, zumal es ihm mit seiner Absicht ernst war, dort vorgeschichtliche Funde vor der Zerstörung zu bewahren. Gewiß hatte der Forscher an der „Bearbeitung“ des sowjetischen Materials ein eigenes wissenschaftliches Interesse: er vermutete nämlich unter den Funden aufschlußreiche Beweise für ein frühes Gotendasein auf der Krim. Schon im März 1939 hatte Jankuhn die weitere Klärung der Völkerwanderung von

einer Untersuchung von Funden aus Italien, Nordafrika, Belgien und Frankreich, aber auch aus dem einst gotischen Südrußland<sup>120</sup> abhängig gemacht, doch war damals die „Bearbeitung Südrußlands“ noch nicht möglich<sup>121</sup>. Um so erreichbarer wurden „gotische Funde“ dann 1942, darauf spekulierte der Forscher zu Recht. Er selbst suchte im November 1942 eine Entscheidung des Reichsführers-SS zu erwirken, ob „größere Grabungen“ im Bezirk Dnjepropetrowsk möglich seien. Die Entscheidung müsse Himmler in seiner Eigenschaft als RKF fällen, denn „in Verfolg einer Untersuchung über die deutsche Ostkolonisation“ sei eine „Klärung des Zusammenhangs zwischen den ältesten deutschen Siedlern und den letzten gotischen Bevölkerungsresten von entscheidender Bedeutung“. Diese Frage könne aber nur dann beantwortet werden, wenn es gelänge, „durch größere Untersuchungen zu klären, wie lange man von einem gotischen Volkstum überhaupt sprechen kann“<sup>122</sup>. Zu den Grabungen selbst ist es dann doch nicht mehr gekommen; einerseits stieß sich der Reichsführer-SS zu sehr an den Kompetenzen des in diesen Regionen ebenfalls wirkenden prähistorischen „Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg“<sup>123</sup>, andererseits aber verhinderte die Kriegslage eine festere Verankerung in Südrußland, etwa die Errichtung einer „Außenstelle“ des „Ahnenerbes“ in Simferopol „mit dem Ziel der Erforschung gotischer Denkmäler auf der Krim“, wie sie Sievers im November 1942 vorschwebte<sup>124</sup>. Im Januar 1943 – es muß um die Zeit des Debakels von Stalingrad gewesen sein – ließ Himmler das „Ahnenerbe“ wissen, in den kommenden Monaten hätten weder er noch, so dürfe er wohl annehmen, die Leute von Reichsleiter Rosenberg die Zeit, Ausgrabungen zu machen. Jetzt seien alle Kräfte nur darauf zu konzentrieren, „den Krieg zu gewinnen“<sup>125</sup>. Adolf Hitlers Kriegsglück an der Ostfront wandelte sich; im Laufe des Jahres 1943 stellte dann auch das Sonderkommando Jankuhn seine Tätigkeit in Südrußland ein<sup>126</sup>. Konnte man von dem Forscher Jankuhn, der von den wissenschaftlichen Möglichkeiten, die sich ihm – bis 1943 – in Form einer Grabung auf der Krim boten, erwarten, daß er sich über die Auslegung eines vom Regime als veraltet empfundenen Völkerrechts Gedanken machen sollte, wenn er doch 1942/43 noch allen Grund hatte zu glauben, daß die Deutschen bis auf weiteres auf dem Kaukasus und der Krim-Halbinsel Fuß fassen würden und daß demnach seiner südrussischen Mission größtes politisches Gewicht beizumessen sei?

Der Grad der Verkettung zwischen den privaten Forscherinteressen des Wissenschaftlers Jankuhn und den gegenwartsnahen politischen Absichten des Volkstumsexperten Himmler erhellt aus den Bemühungen Dr. Kerstens, im Frühjahr 1943 für den Reichsführer-SS einen offiziellen Bericht sowie einen Film über die „Krimgoten“ vorzubereiten<sup>127</sup>, ein Auftrag, der zweifellos mit den damals gerade hochaktuellen Plänen der Führungsspitze zusammenhing, die deutschstämmigen Südtiroler Optanten aus Norditalien auf die Krim zu verpflanzen. Kersten war als „Ahnenerbe“-Mann um so mehr dafür geeignet, den Reichsführer-SS historisch zu beraten, als das „Ahnenerbe“ mittlerweile, im Rahmen der Aufgaben des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, auch bei der Südtiroler Umsiedlungsaktion eine nicht geringe Rolle spielte.

## 2. Die „Kulturkommission“ in Südtirol und der Gottschee

Die deutschsprachigen Südtiroler, seit 1919 gegen ihren Willen italienische Staatsbürger<sup>128</sup>, sollten 1939 nach Übereinkommen zwischen der deutschen und der italienischen Regierung<sup>129</sup> schließlich ins Deutsche Reich umgesiedelt werden. Von Hitler im Januar mit der Umsiedlung beauftragt, berief Reichsführer-SS Himmler, der über sein Rasse- und Siedlungshauptamt schon gewisse Erfahrungen in Volkstums- und Siedlungsfragen gesammelt hatte, am 23. des Monats im Geheimen Staatspolizeiamt zu Berlin eine erste Konferenz mit den Italienern ein. Himmlers Vorschlägen entsprechend wurden dann die wichtigsten technischen Vorkehrungen getroffen, um mit der Umsiedlung beginnen zu können: von den Optanten zurückgelassenes Vermögen sollte von einer staatlichen italienischen Treuhandstelle im Einvernehmen mit deutschen Treuhändern aufgekauft und der Gegenwert zugunsten der Umsiedler nach Deutschland transferiert werden. Je fünf deutsche und italienische Sonderbehörden sollten die Umsiedler erfassen und ihre Auswanderungsanträge bearbeiten; deutscherseits sollte das Fachpersonal von der Auslandsorganisation der Partei und von der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi), die als Instrument der SS seit 1936 fast die gesamte Volkstumsarbeit im Reich gleichgeschaltet hatte<sup>130</sup>, gestellt werden. Für die weitere Fortsetzung der Verhandlungen wurden für Deutschland SS-Oberführer Greifelt, für Italien Gesandter Graf Magistrati bestimmt. In Südtirol selbst sollten der deutsche Generalkonsul in Mailand, Otto Bene, und der Bozener Präfekt Giuseppe Mastromattei die Umsiedlung in die Wege leiten<sup>131</sup>. Auf Grund dieser Berliner Vereinbarung, die unveröffentlicht blieb, wurden am 21. Oktober präzise „Richtlinien“ ausgearbeitet und von beiden Parteien in Rom unterzeichnet<sup>132</sup>.

Zunächst jedoch mußten die Südtiroler einmal optieren; das Plebiszit wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 durchgeführt. Von den 235 000<sup>133</sup> damals in der Gegend ansässigen Südtirolern, einschließlich der stammesverwandten Ladinern, entschied sich bis zum 31. Dezember 1939 die überwiegende Mehrheit für das Deutsche Reich<sup>134</sup>; mehrere tausend Südtiroler mit österreichischer Staatsbürgerschaft („Reichsdeutsche“) wurden ohne Optionsverfahren noch im Verlauf des Spätherbstes nach Deutschland zurückgeführt, da sie von den Italienern am wenigsten gelitten waren<sup>135</sup>. Um die eigentliche Umsiedlung der Optanten zu bewerkstelligen, wurden verschiedene Hilfsorganisationen und Dienststellen eingerichtet: die Gesamtleitung für Deutschland hatte die inzwischen ins Leben gerufene Dienststelle RKF unter Greifelt in Berlin. Ihr unterstand (seit dem 15. September 1939<sup>136</sup>) die „Amtliche Deutsche Ein- und Rückwandererstelle“ (ADERSt), ein Ableger der Vomi mit Sitz in Bozen, unter dem SS-Führer Dr. Wilhelm Luig, mit regionalen Zweigstellen in Bozen, Meran, Brixen, Bruneck, Sterzing und Tarvis. Sie hielt auch Verbindung zu dem „Beauftragten der Reichsregierung für die Südtiroler Umsiedlung“, Otto Bene vom Auswärtigen Amt. Auf italienischer Seite entsprachen der deutschen ADERSt italienische Abwanderungsämter unter der Leitung von Dr. Carlo Marzano; die Oberleitung hatte hier Präfekt Mastromattei. Für die Abschätzung des Umsiedlervermögens wurde eine „Deutsch-Italienische Kommission für Wertsetzung“ mit einer Hauptkommission sowie sechs Unterkommissionen gebildet; die „Deutsche Gruppe“ der Hauptkommission richtete sich in Bozen ein. Zur Wahrnehmung der vermögensrechtlichen Interessen der Umsiedler unterhielt

die „Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H.“ (DUT, Berlin), eine Gliederung des RKF, in Bozen eine Geschäftsstelle. Schließlich gab es noch die „Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland“ (AdO), eine zur Wahrung der Südtiroler Interessen von dem Bozener Schneidermeister Peter Hofer geschaffene Heimatgruppe, ebenfalls mit Sitz in Bozen, die die Aufgabe hatte, alle Optanten für Deutschland zu beraten<sup>137</sup>.

Diesem komplizierten Apparat pflanzte Heinrich Himmler auf deutscher Seite Anfang 1940 nun auch noch eine Spezial-Dienststelle des „Ahnenerbes“ auf. In Verbindung mit seinem Erlaß als RKF vom 2. Januar 1940, der das „Ahnenerbe“ mit der Aufnahme und Bearbeitung des gesamten dinglichen und geistigen Kulturgutes aller umzusiedelnden Volksdeutschen beauftragte, wurde Wolfram Sievers zum Leiter einer sogenannten „Kulturkommission“ ernannt, die den deutschen „Kulturbesitz“ der Optanten für die ADERSt in Südtirol registrieren, sicherstellen und nach Deutschland überführen sollte<sup>138</sup>. Sievers bildete daraufhin eine Kommission von Experten, die er „nach fachlichem Können“ auswählte<sup>139</sup>, und reiste im Juli 1940 ins Zentrum des Vertragsgebiets nach Bozen.

Der gesamte Options- und Umsiedlungsprozeß war jedoch schon seit Frühjahr 1939 schweren Belastungen ausgesetzt, die in tiefgreifenden Differenzen zwischen Deutschen und Italienern wurzelten. Ein fundamentaler Meinungsunterschied betraf den Umfang der Aussiedlung. Himmler wollte als konsequenter Volkstums- und Siedlungspolitiker *alle* Südtiroler verpflanzen lassen; die Italiener, darunter insbesondere der deutschfeindliche Mastromattei, waren hauptsächlich an einer Entfernung prodeutscher Elemente, etwa der „Reichsdeutschen“, interessiert, wollten im übrigen aber die wirtschaftliche Existenz Südtirols durch Abschub der fleißigen Bergbauern nicht gefährden. Gerade für diese Bergbauern waren nun auch die Deutschen eingenommen<sup>140</sup>. Weiter stellte sich die Frage einer näheren Definierung der Südtiroler Grenzen zum Süden hin, damit verband sich das Problem, wer überhaupt als deutscher Südtiroler einzustufen sei. Was sollte mit den bereits nach Deutschland gebrachten Umsiedlern geschehen, was mit den noch zurückgebliebenen Südtirolern? Himmler erwog im Sommer 1939 als Übergangslösung, Südtiroler Familien vorerst in Nordtirol anzusiedeln, stieß mit diesem Vorschlag aber auf den hartnäckigen Widerstand der Italiener<sup>141</sup>. Schließlich tritt man sich noch um die zeitliche Befristung der Aktion; die Faschisten wollten den Umsiedlungsprozeß möglichst bald beendet wissen, Himmler dagegen sah keinen Grund zur Eile, schon deshalb nicht, weil er die Gelegenheit weidlich nutzen wollte, seine neugewonnene Macht als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums auszuspielen und seine gerade geschaffenen Dienststellen zu erproben: die Vomi, die ADERSt, und nicht zuletzt auch das „Ahnenerbe“. Hier wie in anderen Fällen äußerte sich das bürokratische Perfektionsdenken nationalsozialistischer Führer in einer unüberschaubaren Ämterhäufung.

„Das „Ahnenerbe“ freilich hatte alle Mühe, unter dem Druck des Zerwürfnisses zwischen deutschen und italienischen Verhandlungspartnern die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Laut Vertrag mit den Italienern sollte die Kulturkommission ausdrücklich deutsches Kulturgut aus *privatem* (d. h. aus nicht-staatlichem, nicht-italienischem) Besitz bearbeiten. Zwar war bei der Beurteilung der Frage, was nun als „deutscher“ Kulturbesitz zu gelten habe, der Artikel 27 der „Richtlinien“ vom 21. Oktober 1939 zugrunde gelegt worden, in dem es auszugsweise hieß, daß die

Optanten „ihr gesamtes bewegliches Eigentum“, nach dem Stand vom 23. Juni 1939, zoll- und frachtfrei in das Deutsche Reich mitnehmen könnten, darunter fielen auf kulturellem Gebiet „Kunstgegenstände“, „Handwerkzeug von Handwerkern und Künstlern . . . Stoffe und Zubehör für die Herstellung von Trachten . . . Grabsteine und Grabmäler; private Sammlungen und Archive“. „Kirchenbücher und Akten aus deutschen Gemeinden“, so hieß es weiter, „können kopiert . . . werden. Von Fall zu Fall kann die Mitnahme der Originale vereinbart werden.“<sup>142</sup> Dennoch wurden erst im September 1940 weitere Maßnahmen getroffen, um die Erfassung der Kulturgegenstände in Gang zu setzen. Beide Seiten kamen überein, das Stichtatum vom 23. Juni 1939 für die Ausfuhr der Kulturgegenstände um ein weiteres Jahr hinauszuschieben. Die nationale Provenienz der Kunstgegenstände sollte von einem deutsch-italienischen Gremium bestimmt werden<sup>143</sup>.

Vierzehn Untergruppen<sup>144</sup> machten sich ab Herbst 1940 unter der Oberleitung des „Direktors“ der Kulturkommission, Sievers, und seiner Chefsekretärin Dr. Gisela Schmitz-Kahlmann (die zeitweilig während Sievers' Abwesenheit aus Bozen als dessen Stellvertreter fungierte) ans Werk. Von den Gruppenleitern stammten nur vier, nämlich Wolfram, Mai, Rudolph und Schweizer vom „Ahnenerbe“, Dr. Quellmalz kam vom Staatlichen Institut für deutsche Musikforschung in Berlin, Dr. Thiele vom Amt Rosenberg<sup>145</sup>, Dr. Hoeniger von der AdO. Die übrigen waren in der Mehrzahl Zivilpersonen aus Nord- und Südtirol.

Die praktische Arbeit der Gruppen mag man in zwei Kategorien einteilen. Einmal sollten die Fachleute alles bewegliche Kulturgut erfassen, zum Transport vorbereiten und schließlich ins Reich überführen<sup>146</sup>. Nicht bewegliche Gegenstände oder solche, die von den Italienern zurückgehalten wurden, sollten möglichst vollständig registriert und kopiert werden: dazu gehörten Baudenkmäler, große Plastiken, Gemälde, Fresken und Archivalien, die sowohl für Deutschland als auch für Italien von Interesse waren. Der Zweck der Aktion war durchaus ein politischer: damit das „germanische“ Erbe der Südtiroler nicht verlorengelange, sollten diese im neuen Ansiedlungsgebiet sofort in die Lage versetzt werden, sich mit den greifbaren Beweisen ihrer Kultur zu umgeben, und sie weiterhin pflegen. Dazu kam ein rein materielles Moment: gerade bei den mitzuführenden Kunstschätzen handelte es sich ja zumeist um wertvolle Gegenstände, die man nicht den Italienern überlassen mochte. Auch rein wissenschaftliche Aspekte fehlten nicht: für den Volkskundler etwa war es wesentlich, „die vielfältigen Kulturgüter Südtirols auch nach der geplanten Abwanderung der Südtiroleroptanten der Nachwelt in Wort und Bild zu erhalten“, wie es Dr. Ing. Georg Innerebner später als Zeuge in Nürnberg formulierte<sup>147</sup>. Interessant ist nun, daß diese „wissenschaftliche Arbeit der Kulturkommission über den Rahmen der Erfordernisse der Optanten weit hinausging. Seit Anbeginn verstand Sievers es recht geschickt, die offizielle Zielsetzung des RKF in Südtirol, nämlich die „Erfassung“ und „Rückführung“ Südtiroler Kulturgutes, mit den weiteren Aufgaben des „Ahnenerbes“ auf dem Gebiet der Wissenschaft zu verquicken – offenbar nur deshalb, um die Forschungsgemeinschaft Himmlers in Aktion zu halten. Unter Sievers' Regie versuchte die Kulturkommission auf eigene Faust, ihre Tätigkeit im Vertragsgebiet über den anfangs gesteckten Rahmen hinaus auszuweiten, solange, wie die deutschen und italienischen Behörden ihr dabei keine Steine in den Weg legten. Die eigenen Behörden brauchte man lediglich zu informieren – der Ämterwirrwarr, der im Südtiroler Vertragsgebiet auf deutscher Seite

herrschte, ließ eine klare Abgrenzung der einzelnen Kompetenzen ohnehin nicht zu. Offiziös schrieb Dr. Schmitz-Kahlmann daher am 15. Januar 1942 an den Hohen Kommissar der Deutschen Reichsregierung für die Südtiroler Umsiedlung: „Die Kulturkommission führt neben ihrer eigentlichen Aufgabe der Sicherstellung und Überführung des Kulturgutes der umzusiedelnden Volksdeutschen eine kunsttopographische Bestandesaufnahme im Vertragsgebiet durch. Diese Bestandesaufnahme dient wissenschaftlichen Zwecken, und es ist deshalb notwendig, daß auch Gegenstände, die sich nicht im Besitz von Optanten befinden, dabei berücksichtigt werden müssen.“<sup>148</sup> In diesem Falle war das in italienischem Besitz befindliche Schloß Runkelstein „aufgenommen“ worden; faschistische Genehmigung dazu war vorher von den italienischen Instanzen eingeholt worden<sup>149</sup>. Ansonsten aber hatte die Kulturkommission im Umgang mit den Italienern ihre liebe Not. In dem Maße, wie es den Italienern bewußt wurde, daß den Deutschen daran gelegen war, die *totale* Umsiedlung der Südtiroler zu vollziehen, dabei auch die *totale* Mitnahme des „Kulturgutes“ ins Auge faßten, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen faschistischen und nationalsozialistischen Behörden. Wie sein Vorgänger Mastromattei, war nämlich auch der junge und selbstbewußte Bozener Präfekt Podestà der Überzeugung, daß die Mehrzahl der wirtschaftlich produktiven Südtiroler Bevölkerung ihr Wohngebiet keineswegs verlassen dürfe; so galt es, die deutsche Umsiedlungsaktion auf jeder Ebene zu hintertreiben<sup>150</sup>, auch auf dem Arbeitsgebiet der Kulturkommission. Deren Direktor Sievers mußte eine doppelte Politik verfolgen: einerseits konnte ihm nicht sehr viel daran gelegen sein, die Arbeit allzu schnell voranzubringen, denn das hätte die alsbaldige Auflösung der Kulturkommission und eine Gefährdung des „Ahnenerbes“ in seiner halbamtlichen Rolle als kriegswichtiges Instrument des RKF bedeutet – so kamen ihm denn die Verschleppungstaktiken der Italiener in gewisser Weise entgegen. Auf der anderen Seite aber durfte die Kulturkommission ihr Wirken im Vertragsgebiet nicht gänzlich einstellen, denn das hätte ihre sofortige Abberufung aus Südtirol bedeutet und die Existenzberechtigung des „Ahnenerbes“ während des Krieges prinzipiell Zweifeln ausgesetzt. So wird verständlich, warum die Kulturkommissare, sofern sie keine Gelegenheit hatten, der Umsiedlungsidee selbst zu dienen, sich mit um so größerem Eifer auf sogenannte Registrierarbeiten an unbeweglichen Kulturgütern für wissenschaftliche Zwecke konzentrierten, die praktisch unerschöpflich waren. Fachleute des „Ahnenerbes“ kopierten die Fresken vom Runkelsteiner Schloß<sup>151</sup>, „erfaßten“ Dialekte, angeblich für deutsche Sprach- und Wortatlantent<sup>152</sup>, und versuchten sich an brauchtumskundlichen Erhebungen unter dem Südtiroler Volk<sup>153</sup>. An zurückzulassenden Gemälden stellten sie Untersuchungen „in maltechnischer Hinsicht“ an<sup>154</sup>, druckten „Trachtentafeln“<sup>155</sup> und forschten über zimbriischen Dialekt<sup>156</sup>. Archivalien und Kirchenbücher wurden fotografiert<sup>157</sup>, vor- und frühgeschichtliche Fundplätze begangen<sup>158</sup> und alte „germanische“ Bauformen aufgenommen, ostentativ, um die Ergebnisse „der Neu-Ansiedlung nutzbar zu machen“<sup>159</sup>. Sicherlich tat die Kulturkommission auf diesem Sektor sehr viel mehr, als ihr von den Behörden gestattet war. Die Kommissionsmitglieder arbeiteten beispielsweise in durch Warnschilder genau bezeichneten italienischen „Sperrzonen“, ohne die von den faschistischen Stellen vorgeschriebene Spezialerlaubnis zu besitzen<sup>160</sup>. Es wäre deshalb auch nicht sehr klug vom „Ahnenerbe“ gewesen, die Aufgaben seiner Tiroler Wissenschaftler in Reichsdeutschland an die große Glocke zu hängen.

Im Februar 1941 mußte Sievers dem Wiener Abteilungsleiter Christian untersagen, über die Arbeitsergebnisse der Südtiroler Kulturkommission einen Vortrag zu halten, weil sonst die italienischen Behörden „auf Umwegen“ über den tatsächlichen Umfang der Kommissionsarbeiten etwas hätten erfahren können<sup>161</sup>.

Im Interesse der Umsiedlung allerdings hatte Sievers des öfteren Grund sich zu beklagen. Gerade die Kunstgegenstände des Vertragsgebiets, die laut den Gutachten der Taxatoren deutschen Ursprungs waren, wollten die Italiener nicht gern herausrücken. Der Beauftragte des Führers für Kunstgegenstände, der Dresdener Kunstexperte Dr. Posse, unterrichtete sich im März 1941 an Ort und Stelle über den Stand der Verhandlungen mit den Italienern und kam, laut Direktor Sievers, „gleichfalls zu der Ansicht, daß weitere Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage zwecklos seien“<sup>162</sup>. Der bisherige Erfolg der Gruppe „Kunst“ wurde im Juli mithin als minimal bezeichnet, natürlich nur im Hinblick auf die „Durchführung der mit der Abwanderung zusammenhängenden Fragen der Überführung des Kunstbesitzes in das Reich“<sup>163</sup>. Hier aber wurde gerügt, daß man bisher nur eine einzige „Frage“ hätte in Angriff nehmen können, nämlich die der Auslagerung des (deutschen) Kunstbesitzes aus dem Bozener Museum. „Und auch in dieser Angelegenheit sind die beiderseitigen Verhandlungen über die Gruppe Plastik und Malerei noch nicht herausgekommen.“<sup>164</sup>

Tatsächlich sahen die Italiener 1941 gar keinen Grund, ihren deutschen Vertragspartnern Hilfestellung zu leisten, denn der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums selbst trieb die Umsiedlung damals nicht so tatkräftig voran, wie es von den höchsten italienischen Stellen – an der Spitze Mussolini – anfangs erwartet worden war. Unterdessen hatte Himmler wichtigere Aufgaben auf den Kriegsschauplätzen im Osten gefunden, und so ließ er sich denn südlich des Brenner weiterhin Zeit, zumal ihm, wie Conrad F. Latour treffend bemerkt, „das Südtirolerproblem im Prinzip so gut wie gelöst erschien“<sup>165</sup>. So, wie die Dinge im Herbst 1941 lagen, war es jedoch zweifelhaft, ob sich der vertraglich vereinbarte Schlußtermin der Umsiedlung, der 31. Dezember 1942, noch werde einhalten lassen.

1941 begann sich auch die Stimmung unter den Südtirolern selbst zu wandeln. Das Vertrauen, das die meisten Südtiroler Adolf Hitler anfangs noch entgegengebracht hatten, wich allmählich einer lähmenden Skepsis. Denn bisher hatte das nationalsozialistische Regime es noch nicht vermocht, einen einzigen Südtiroler in der geplanten Weise auf neuem Grund und Boden anzusiedeln, im Osten oder anderswo. Und selbst diese „Lösungen“ wurden von den in ihrem Heimatboden verwurzelten Südtirolern jetzt schon nicht mehr akzeptiert. „Die seinerzeit von Berlin mitgeteilte Lesart, daß die Südtiroler nach Krain oder der Südsteiermark kommen sollen, wird von den Südtirolern abgelehnt“, heißt es in einem auffällig freimütigen „vertraulichen“ Bericht des Propagandaministeriums vom Spätsommer 1941, „sie wollen keinesfalls wieder Grenzgebiet werden, das seien sie zu ihrem Leidwesen lange genug gewesen . . . Eine Verpflanzung nach den neuen Ostgebieten wird natürlich von den Südtirolern erst recht nicht gewünscht“<sup>166</sup>. Dagegen wurde seit Ende 1941 offenbar, daß umgesiedelte Südtiroler „vorübergehend“ in provisorischen Durchgangslagern der Vomi überall im Reich untergebracht worden waren; Mitte 1942 wußte man in Südtirol von Tausenden in deutschen Barackensiedlungen zusammengepferchten Landsleuten zu berichten<sup>167</sup>. Seit Anfang 1942 zeigten die Süd-

tiroler Männer auch immer weniger Neigung, in der deutschen Wehrmacht oder gar der Waffen-SS zu dienen<sup>168</sup>, was zweifelsohne mit den strapaziösen und gewagten Feldzügen Hitlers in der Sowjetunion zusammenhing. Je mehr nun die italienischen Behörden, insbesondere der Bozener Präfekt Podestà, der mittlerweile zum Italienischen Hohen Kommissar für die Umsiedlung befördert worden war<sup>169</sup>, des Unmuts der Südtiroler Einwohner gewahr wurden, desto stärker setzten sie sich unter Aufwendung all ihrer Überredungskunst für deren Bleiben im Vertragsgebiet ein, um die Radikallösung Himmlers, die offiziell ja auch der Duce befürwortete, doch noch zu verhindern. Schon Anfang 1940 wußte man im Reichspropagandaministerium zu berichten, es werde von den Faschisten „bei den Tiroler Bergbauern dafür Stimmung gemacht, daß sie bleiben sollen, weil die Italiener für diese Berggegend keinen Bauernersatz aus ihren Reihen finden können“<sup>170</sup>. Nicht zuletzt wegen dieser psychologischen Sabotage der deutschen Umsiedlungsbestrebungen von seiten der Italiener, aber auch wegen der Niedergeschlagenheit unter den Optanten selbst, kam es 1942 zu unangenehmen Krisen zwischen den Vertragspartnern.

Bis Ende 1940 hatten über 52 000 Optanten und fast 4 000 Reichsdeutsche das Vertragsgebiet verlassen<sup>171</sup>. 1941 waren es jedoch nur 7 584<sup>172</sup>. Der gewaltige Zahlenunterschied ließ zu Beginn des Jahres 1942 auf deutscher Seite Zweifel aufkommen, ob die Umsiedlung in der ursprünglichen Form überhaupt noch vollbracht werden könne. Eine Verlängerung der Frist schien unvermeidlich, ob diese jedoch möglich würde, hing von den Italienern ab<sup>173</sup>. Unter diesen Umständen war zu erwarten, daß die Kulturkommission des „Ahnenerbes“ ihre „Sonderaufgaben“ werde niederlegen müssen, eher, als es Sievers lieb sein würde. In einem Erlaß des RKF vom 10. Februar 1942 an den Hohen Kommissar der Reichsregierung für die Südtiroler Umsiedlung (das war inzwischen an Benes Stelle der ehemalige Gesandte Mayr-Falkenberg<sup>174</sup>) war denn auch davon die Rede, die Kulturkommission des „Ahnenerbes“ werde ihre Arbeiten „in Kürze“ abgeschlossen haben und würde „nach Erfüllung ihrer Arbeiten“ aus dem Vertragsgebiet zurückgezogen<sup>175</sup>. „In Kürze“ – das hieß bis zum 31. Oktober<sup>176</sup>. Sievers sah daher vorerst keine andere Alternative, als die Mitglieder seiner Kommission davor zu warnen, ihre Arbeiten allzu weit auszudehnen; die Dienstpässe sollten zur Kulturkommission zurückgesandt werden<sup>177</sup>. Freilich nahmen nicht alle Mitarbeiter diese Warnung ernst. Der Dialektforscher Schweizer, froh über die gerade gewonnene UK-Stellung in einem vor Kriegseinwirkungen verhältnismäßig sicheren Winkel Europas, aber auch beflügelt von dem Ehrgeiz, seine sprachwissenschaftliche Begabung als Forscher weiterhin unter Beweis zu stellen, reichte seinen Dienstpaß einfach nicht ein. Sievers, der wahrscheinlich ähnlich empfand wie Schweizer, dennoch das Gesicht des strengen SS-Führers und Vorgesetzten nicht verlieren durfte, schrieb scharf zurück: „Daß Sie, nachdem Ihnen der Termin zum Abschluß Ihrer Arbeiten bekanntgegeben war, Ihr ‚Aufnahmenetz wesentlich dichter gestalten, als Sie es ursprünglich planten‘, bestätigt mir nur, daß keine Notwendigkeit vorliegt, den Abschluß weiter hinauszuschieben. Wenn jeder jetzt noch mit neuen oder Erweiterungsplänen kommen wollte, könnten wir gut und gern noch die nächsten fünf Jahre arbeiten.“<sup>178</sup> Das aber wäre Sievers gerade recht gewesen.

Indes kamen ihm die Italiener bald zu Hilfe. Im Juli 1942 wurde die Frist zur Abwicklung der Umsiedlung bis zum 31. Dezember 1943 verlängert<sup>179</sup>. Ende September 1942 standen die von der Kommission ausgesuchten Kunstgegenstände des Bozener

Museums endlich fertig in Kisten verpackt zum Abtransport nach Deutschland bereit<sup>180</sup> — was sollte das „Ahnenerbe“ als nächstes unternehmen, um seine Existenz in Südtirol zu rechtfertigen? Im Herbst bot sich Sievers eine annehmbare Lösung. Erleichtert schrieb er an Himmler, Anfang Oktober hätten die italienischen Behörden schließlich ihre Genehmigung zum Fotokopieren der deutschen Archivalien und Kirchenbücher erteilt, so daß man erst jetzt mit den Kopierarbeiten „offiziell“ beginnen könne (obgleich man „inoffiziell“ seit etlichen Monaten dabei sei). Da nun etwa drei Millionen Fotokopierungen (!) zu machen seien, sei die Beendigung der Tätigkeit der Kulturkommission in Südtirol „noch nicht abzusehen“<sup>181</sup>. Fürs erste schien die Position des „Ahnenerbes“ in Italien gesichert.

Doch schon Anfang Januar 1943 zogen erneut Gewitterwolken über dem Haupte des Kommissionsdirektors Sievers auf, es fehlte wirklich an eindeutig wichtigen Aufgaben. Die Arbeiten in Südtirol gingen langsam ihrem Ende entgegen, schrieb Sievers nach Deutschland, „hohe politische Rücksichten verlangen eben im Augenblick ein Stillhalten“<sup>182</sup>. Ende Februar traf Sievers Maßnahmen zum Transport der letzten Kisten mit Arbeitsmaterialien und Ergebnissen in das Reich, zur Kündigung der Diensträume in der Via Piave in Bozen, und zur Einstellung des gesamten Erfassungsdienstes in der Provinz bis Ende März (allein die Verhandlungen mit dem Bozener Museumsdirektor Rasmo wegen der deutschen Kunstschätze waren fortzusetzen)<sup>183</sup>. Und wieder war das Glück dem „Ahnenerbe“ hold. Am 31. Januar, am Tage seiner Abberufung aus Bozen, hatte der italienische Hohe Kommissar für die Südtiroler Umsiedlung seinem Duce in Rom ein von ihm selbst herausgegebenes dreibändiges Werk überreicht: *Alto Adige. Alcuni Documenti del Passato*. Die reich mit Dokumenten durchsetzten Bände versuchten Mastromatteis und Podestàs alte These zu stützen, daß die Mehrheit der Südtiroler aus dem Vertragsgebiet gar nicht abgezogen werden könne, da Südtirol seit jeher italienisches Land und seine Bewohner eigentlich stets rechte Italiener gewesen seien, die man lediglich durch politische Maßnahmen — während der Habsburger Epoche — mit Gewalt „teilweise germanisiert“ hätte<sup>184</sup>. Sievers kam diese Veröffentlichung wie gerufen. Schon am 5. Januar hatte er eine Fotokopie des Werkes für eigene Zwecke anfertigen lassen<sup>185</sup>; Ende Februar überreichte er sie dem Gauleiter Nordtirols, Dr. Franz Hofer<sup>186</sup>. Dieser langjährige Verfechter Südtiroler Autonomieansprüche stimmte sofort mit Sievers darin überein, daß die italienische Streitschrift schnellstens übersetzt und eine deutsche Gegenschrift erstellt werden müsse<sup>187</sup>. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Sievers dem Gauleiter einzureden verstand, nur das „Ahnenerbe“ könne mit einer fachgerechten Erwiderung betraut werden. Laut Vereinbarung mit Hofer erhielt die Kulturkommission mithin am 3. März die „federführende Bearbeitung der Übersetzung“ und das Startsignal zur „Inangriffnahme einer Gegenveröffentlichung“<sup>188</sup>. Indes mußte erst noch der Reichsführer-SS eingeschaltet werden, um die Sache für Sievers offiziell zu machen. Hofer arbeitete mit Sievers Hand in Hand; laut Tagebuch Sievers'<sup>189</sup> war er es, der „Vorlage“ der übersetzten *Documenti* bei Himmler „erbeten“ haben soll, sicher aber erst auf Veranlassung des Direktors der Kulturkommission, der Hofer in der Angelegenheit nur zu gerne vorgeschoben haben dürfte. Am 6. April ließ die Adjutantur Himmlers die Übersetzung, „von Gauleiter Hofer übersandt“, tatsächlich abholen<sup>190</sup>. Die Lektüre der drei Bände löste beim Reichsführer-SS und seinen höchsten Char- gen, ganz wie Sievers es vermutet haben wird, größte Entrüstung aus<sup>191</sup>. Und nun

tat Himmler genau das, worauf Sievers spekuliert hatte: von dem Kommissionsmitglied Dr. Hoeniger zu „Gegenmaßnahmen“ ermuntert, beauftragte er das „Ahnenerbe“ damit, die Widerlegung der italienischen Denkschrift einzuleiten. Seinen SS-Gruppenführer Greifelt ließ er in einer mündlichen Unterredung am 12. Mai wissen, Sievers solle drei seiner Mitarbeiter für diese Arbeit abstellen, notfalls auch „uk“ schreiben lassen<sup>192</sup>. Jener hatte im Einvernehmen mit Hofer bereits eine „Arbeitsgemeinschaft“ ins Leben gerufen und für Anfang Juli eine „Arbeitsbesprechung“ angesetzt<sup>193</sup>. In der Folgezeit konnte er dann eine ganze Reihe seiner Mitarbeiter wieder beschäftigen: mit dem Sammeln von Material zur Vorbereitung einer Gegenschrift. Anfang Juli fand die „Arbeitsbesprechung“ in Innsbruck im Zusammenhang mit einer von Hofer schon seit längerem geplanten Ausstellung der Kulturkommission, „Der nordische Bauernhof an der Südgrenze des germanischen Lebensraumes“, statt, die mit bereits nach Nordtirol geschafften „Kulturgütern“ der Südtiroler bestritten wurde. Sievers hatte sich alle Mühe gegeben, die Energiequellen seiner Kommission in Südtirol nicht versiegen zu lassen: genau drei Mitarbeiter der Kulturkommission (Mayr, Huter, Ringler), wie von Himmler vorgeschrieben, hielten Gegenreferate auf archäologischem, historischem und kunstgeschichtlichem Gebiet, unterstützt von vier Korreferenten aus dem Kreis um Gauleiter Hofer<sup>194</sup>. Doch damit sah sich Sievers wieder einmal fast am Ende seiner Südtiroler Karriere. Vorsorglich schrieb er daher am 27. Juli an Himmler, „weiteres wissenschaftliches Material“ sei noch zu erarbeiten, „als Grundlage für alle noch zu erwartenden italienischen Ansprüche, die zum Teil auch über die Brennergrenze hinausreichen“<sup>195</sup>. In seinem Übereifer, seine Unentbehrlichkeit unter Beweis zu stellen, vergaß Sievers allerdings ganz, daß man bisher selbst in den radikalsten SS-Kreisen den Faschisten noch nicht vorgeworfen hatte, sie wollten ihre Zuständigkeit über den Brenner hinaus ausdehnen. Im übrigen war Sievers offenbar entgangen, daß am Vortage, dem 26., das faschistische Regime Benito Mussolinis in Rom gestürzt worden war. Das aber mußte die Existenzberechtigung der Kulturkommission in Südtirol vollends erschüttern.

Dem war indes keineswegs so. Zwar konnte nun von einer weiteren Umsiedlung der Südtiroler ins Reich nicht mehr die Rede sein. Im Frühjahr 1943 war ohnehin klar geworden, daß die gesamte Südtiroler Aktion im Begriff war, auseinanderzubrechen. Bis Ende Juni des Vorjahres waren von rund 235 000 Südtirolern nur 72 000 Volksdeutsche und 4 500 Reichsdeutsche ausgesiedelt worden<sup>196</sup>; 1943, nach der schrecklichen Niederlage von Stalingrad, fand sich niemand mehr dazu bereit, freiwillig nach Deutschland zu gehen. Noch aber saßen die bis dahin abgewanderten Optanten nicht in Mähren, Burgund<sup>197</sup> oder im ehemals polnischen, jetzt ober-schlesischen Kreis Saybusch<sup>198</sup>, wie Hitler und vor allem Himmler es in fortwährender Abänderung ihrer Pläne bis zum Frühjahr 1942 vorgesehen hatten. Im Frühsommer 1942 konzentrierte sich die Führungsspitze auf das von der deutschen Wehrmacht erkämpfte Krimgebiet; Gauleiter Alfred Frauenfeld, designierter Generalkommissar für die Krim, arbeitete eine Denkschrift bezüglich „Umsiedlung der Südtiroler auf die Krim“ aus und überbrachte sie dem Reichsführer-SS<sup>199</sup>. Der war von dem Gedanken zwar sehr angetan, war auch schon bei Hitler auf Gegenliebe für den Plan gestoßen<sup>200</sup>, meinte aber im Juli des Jahres, daß „mit der Umsiedlung der Südtiroler erst nach Abschluß des Krieges begonnen werden“ könne<sup>201</sup> – unter Berücksichtigung der bisher lähmenden Stockungen im Umsiedlungs-

prozeß. Unterdessen sammelten sich die ausgewanderten Optanten mehr und mehr in ostmärkischen Gauen, insbesondere im Innsbrucker Gau Franz Hofers. Einige Tausende von ihnen schafften es bis nach Bayern<sup>202</sup>.

Nach dem Fall Mussolinis im Juli 1943 änderte sich in Südtirol zunächst gar nichts. Aber am 31. Juli marschierten deutsche Einheiten unter Rommel und Feuerstein über den Brenner; eine aus Österreichern und Bayern bestehende Infanterie-Division ließ sich in Südtirol nieder<sup>203</sup>. Endlich wähten die noch im Vertragsgebiet weilenden Optanten das Gespenst einer drohenden Zwangsvollstreckung der Umsiedlung verbannt, zumal viele der ursprünglichen Aussiedler in der Nachhut der einrückenden deutschen Truppen wieder in die Heimat zurückgekehrt waren<sup>204</sup>. Als Hitler am 27. September den Innsbrucker Gauleiter Hofer dann zum Hochkommissar für die norditalienischen Provinzen Bozen, Trento und Belluno, die alle im Vertragsgebiet lagen, ernannte<sup>205</sup>, waren die meisten Südtiroler davon überzeugt, daß ihre Heimat nun für immer dem Besitz der Italiener entrissen sei, falls nicht der vom Führer wiederbelebte Duce doch noch eine Chance sähe, das Gebiet seiner neugeschaffenen „Repubblica di Salò“ unterzuordnen. Daß dies nicht geschah, dafür sorgte allein der neue Hochkommissar Hofer, der sich seit Ende September 1943, unter Ausnutzung von Mussolinis Kleinmut, einer strengen Eindeutschungspolitik hinsichtlich der Südtiroler Provinzen befleißigte, bis er die letzten Spuren einstiger faschistischer Vorherrschaft beseitigt hatte: seine neuen Provinzen wurden mit dem alten Gau Nordtirol-Vorarlberg gleichsam zu einer Einheit verschmolzen<sup>206</sup>.

Die Kulturkommission unter Direktor Sievers rührte sich in den ersten Wochen nach dem Putsch kaum. Im August gab es Routinegeschäfte wegen des ohnehin bevorstehenden Transports „erfaßter“ Kulturgüter und Arbeitsmaterialien zurück ins Reich zu erledigen<sup>207</sup>. Erst am 30. August hielt Sievers mit mehreren Persönlichkeiten, darunter dem AdO-„Volksgruppenführer“ Peter Hofer, „verschiedene Besprechungen auf Grund der veränderten politischen Lage“ ab<sup>208</sup>. Drei Tage später erörterte er mit Gauleiter Hofer in Innsbruck eine „Fortsetzung der Arbeiten in Südtirol nach optischen Gesichtspunkten“; unter anderem entschied man sich „trotz der veränderten Lage“ zur Veröffentlichung der Stellungnahme zu den *Alcuni Documenti*<sup>209</sup>, obschon jene bis zu diesem Zeitpunkt völlig sinnlos geworden war. Die Tagebucheintragungen Sievers' lassen erkennen, daß der „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführer entschlossen war, seine Position in Südtirol auch jetzt nicht aufzugeben. Von Franz Hofer, der Anfang September gerade auf seine Beförderung durch Hitler wartete, konnte Sievers sich zwar einiges für die Zukunft versprechen; daß es bei der alten Tätigkeit des „Ahnenerbes“ nicht werde bleiben können, muß indes auch er gewußt haben. Am 17. September fand Sievers sich beim Persönlichen Stab des Reichsführers-SS in Berlin ein, um die Entscheidung Himmlers in bezug auf weitere „Sicherstellung von Kulturgütern in Italien“ einzuholen<sup>210</sup>; ob er sie erhalten hat, geht aus den Dokumenten nicht hervor. Fest steht nur, daß Sievers ab Herbst 1943, nachdem die ursprünglichen Mitglieder der Kulturkommission sämtlich aus Südtirol abgereist waren, in Bozen fortan eine „Dienststelle Innerebner“ unterhielt, für die außer dem Genannten auch noch Huter, Ringler und Frau Dr. Haniel tätig waren<sup>211</sup>. Worin bestand diese Tätigkeit? Offiziell in „Bergungsmaßnahmen“: im Kopieren von weiteren Registern und Fotografieren von „durch Luftangriff freigelegten Fresken“ in deutschen Pfarrkir-

chen<sup>212</sup>. Franz Huter, seit September 1943 Leiter des Bozener Staatsarchivs, bemühte sich um Luftsicherung für die Bozener und Trienter Archivalien, Karl Theodor Hoeniger wirkte für die Stadtarchive Bozen und Meran<sup>213</sup>. Die Büroräume der „Dienststelle Innerebner“ wurden am 29. März 1944 durch Bomben zerstört<sup>214</sup>; die Dienststelle existierte jedoch fort, von Sievers des öfteren besucht, vermutlich bis zum Mai 1945, als Südtirol zum letztenmal seine Machthaber wechselte und das ehemalige Vertragsgebiet wieder zu Italien kam.

Inwieweit die Bestrebungen Sievers' und seiner Handvoll Experten in Bozen nach September 1943 von Franz Hofer und dessen Behörden unterstützt wurden, läßt die dürftige Quellenlage nicht erkennen. Gleichwohl wird durch Tagebucheinträgen Sievers' offenbar, daß sowohl der Gauleiter als auch der Befehlshaber für Norditalien, Himmler-Adjutant SS-Obergruppenführer Karl Wolff, mit dem Reichsgeschäftsführer in Verbindung standen<sup>215</sup>. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiten der „Dienststelle Innerebner“ mit der ursprünglichen, gänzlich im Sande verlaufenen Umsiedlungsaktion des RKF nichts mehr zu tun haben konnten. Vielmehr ist anzunehmen, daß Sievers seine Südtiroler Kunstexperten lediglich für private Zwecke des „Ahnenerbes“ in Bozen und Umgebung beschäftigte: wissenschaftliche Erhebungen, von Innerebners Stab von Fachleuten durchgeführt, sollten vermutlich in den verschiedenen Zweigstellen des „Ahnenerbes“ im Reich ausgewertet werden: auch das hätte die Kriegswichtigkeit der Forschungsgemeinschaft Himmlers – bis zuletzt – noch unter Beweis gestellt. Möglich ist auch, daß Sievers seit Herbst 1943 mit dem Gedanken spielte, sich in Südtirol eine Ausweichstelle zu schaffen, solange, wie dies die politische Lage in Norditalien überhaupt erlauben würde. Bereits im Spätsommer 1943 war das „Ahnenerbe“ im Begriff, von seiner Berliner Zentrale und anderen Orten in sichere Ausweichstellen umzuziehen, warum sollte Sievers sich nicht auch in Südtirol umsehen? Nicht ohne Grund wurde dieses Gebiet später, ab Herbst 1944, von zahlreichen Dienststellen des Großdeutschen Reiches als Ausweichquartier bevorzugt<sup>216</sup>, damals allerdings hatte das „Ahnenerbe“ sich in seinen neuen Schlupfwinkeln im Altreich schon häuslich eingerichtet.

Während Sievers sich im italienischen Alto Adige bis zuletzt halten konnte, gelang ihm dies im italienisch-besetzten Teil Sloweniens nicht. Bis 1942 hatte das „Ahnenerbe“ seinen Wirkungsradius im Dienste des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums auch auf die jugoslawische Provinz Laibach-Gottschee ausgedehnt. Die Arbeiten in der alten deutschen Sprachinsel standen mit denen in Südtirol in einem unmittelbaren Zusammenhang. Im 14. Jahrhundert war das 860 qkm große Waldgebiet, 80 Wegkilometer südlich von Laibach, von Schwaben, Bayern, Kärntnern und Tirolern besiedelt worden<sup>217</sup>. Seitdem hatten die Deutschen sich ihre kulturelle Eigenständigkeit in ihren rund 150 Dörfern in höchstem Maße bewahrt, waren darin allerdings durch die Jahrhunderte währende Herrschaft der Habsburger Dynastie kompromißlos bestärkt worden. Laut Vertrag von St. Germain geriet das Gebiet 1919 zum neugegründeten jugoslawischen Staat; in den zwanziger Jahren gehörten die rund 19 000 Gottscheer<sup>218</sup> zu den ca. 600 000 Jugoslawiendeutschen, die unter dem autoritären Regime in Belgrad beträchtlich zu leiden hatten<sup>219</sup>. Dieser bedauernswerte Volksstamm befand sich in einem für jene Zeit so typischen Dilemma: zwar wollte er seinen Grund und Boden nicht verlassen, kämpfte aber verbissen um kulturelle Sonderrechte, wobei er – anders als anfangs die Südtiroler – sein Augenmerk kaum auf das Dritte Reich gerichtet haben dürfte.

Gleichwohl gab es in Deutschland Kreise, die, wie das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart, vorgaben, für die Situation der Gottscheer Mitgefühl aufzubringen. So wurde *Der Auslandsdeutsche*, das offizielle Organ des Stuttgarter Instituts, nicht müde, Sympathiebekundungen für die Landsleute in der Gottschee abzudrucken und die „gänzliche Zerreibung der deutschen Volksgruppe in Slowenien“ anzuprangern<sup>220</sup>.

Im Oktober 1939 tat der Führer seine Absicht kund, *alle* deutschen Minoritäten Südosteuropas beizeiten ins Deutsche Reich zurückführen zu wollen. Zumindest bei den Gottscheern stieß er damit aber auf hartnäckigen Widerstand; trotz ihrer Drangsale sahen sie gar keine Notwendigkeit, sich vom großdeutschen Führer verpflanzen zu lassen<sup>221</sup>. Aber im April 1941 wurde Jugoslawien von den beiden Achsenpartnern, Deutschland und Italien, vernichtend geschlagen, damit war auch das Schicksal der deutschen Gottscheer besiegelt. Slowenien wurde aufgeteilt: die Italiener erhielten Laibach und die Gottschee (das war die einstige jugoslawische Provinz Drava); Deutschland besetzte die Untersteiermark, Südkärnten und Krain. Sogleich ging der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums daran, diese Landstriche gänzlich einzudeutschen. Nach einem genau festgelegten Plan sollte die zu 95 Prozent aus Slawen bestehende Bevölkerung nach Kroatien abgeschoben, an ihrer Statt dagegen Deutsche aus der Provinz Laibach-Gottschee neuangesiedelt werden<sup>222</sup>. Nach dem Muster des Südtiroler Umsiedlungsvertrages wurde im Herbst 1941 zwischen dem Deutschen Reich und Italien ein Umsiedlungsabkommen, die deutschen Leibach-Gottscheer betreffend, abgeschlossen<sup>223</sup>, und wieder wurde das „Ahnenerbe“ hinzugezogen. Laut Anordnung des RKF sollte auch für das Gebiet Laibach-Gottschee eine Kulturkommission gebildet werden, die den Kulturbestand der Gottscheer aufzunehmen und in die neu zu besiedelnden Provinzen zu transportieren hätte<sup>224</sup>. Sievers delegierte im Herbst einen Ableger der Südtiroler Kommission unter der ständigen stellvertretenden Leitung des deutschen Geographieprofessors Hans Schwalm, einst Sekretär der Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung und derzeit gerade Fakultätsmitglied der „Reichsuniversität“ Posen<sup>225</sup>, der meistens dieselben Experten wie die Originalkommission für die Facharbeiten beanspruchte<sup>226</sup>. Da die Italiener der Aussiedlungsaktion in Laibach-Gottschee weit weniger Hindernisse in den Weg legten als der in ihrem eigenen Land, waren Erfassung der Kulturgüter und Aussiedlung der deutschen Bewohner verhältnismäßig schnell durchgeführt: ungefähr 13 500 Personen entschieden sich unter dem Druck der Behörden dann doch noch für die Umsiedlung; ein Großteil wurde bis 1942 in die nordöstlichen Provinzen Sloweniens geleitet<sup>227</sup>.

Bis Juni 1942 fotografierten die Gruppen unter Schwalms Aufsicht Kirchenbücher und Archivalien und stellten volks- und brauchtumskundliche Erhebungen an<sup>228</sup>. In Laibach wurde das Nationalmuseum nach „deutschen“ Beständen durchsucht; diese wurden dann für den Transport ins Reich präpariert<sup>229</sup>. Danach wurden die Mitglieder der „Kulturkommission Schwalm“ teilweise nach Südtirol beordert, wo Sievers sie noch brauchte, teils konnten sie sich neuen Aufgaben zuwenden, wiederum im Rahmen des „Ahnenerbes“ und gleichsam dazu geschaffen, die politische Unersetzlichkeit des „Ahnenerbes“ im Kriege zu demonstrieren. Schwalm selbst gehörte zu den „unentbehrlichen“ Kulturpolitikern. Wenige Monate nach Abschluß seiner Arbeiten in der Gottschee, nämlich im Herbst 1942, wurde er als der ständige

Vertreter des „Ahnenerbes“ nach Norwegen versetzt. Denn in Skandinavien leistete die Forschungsgemeinschaft Himmlers auf der Höhe des Krieges „kriegswichtige“ Arbeit im Rahmen des sogenannten „Germanischen Wissenschaftseinsatzes“.

### 3. Der „Germanische Wissenschaftseinsatz“

Der „Germanische Wissenschaftseinsatz“ des „Ahnenerbes“ war eine Konsequenz nationalsozialistischer Großraumpolitik in Europa, im engeren Sinne war er eine Auswirkung der Volkstumspolitik, die der Reichsführer-SS Heinrich Himmler im „germanischen“ Norden mehr oder weniger auf eigene Faust verfolgte. Die Geschichte der nationalsozialistischen Eroberung Dänemarks, Norwegens, Belgiens und Hollands braucht hier nur gestreift zu werden<sup>290</sup>. Dänemark verlor im April 1940, wenn auch nicht König und Verfassung, so doch seine Unabhängigkeit. Nach Norwegen wurde der Rheinländer Terboven als Hitlers „Reichskommissar“ geschickt. Belgien fiel im Mai und kam unter eine deutsche Militärregierung. Fast gleichzeitig trat in Holland der einstige österreichische Reichsstatthalter Dr. Arthur Seyß-Inquart sein neues Amt als „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“ an.

Die deutschen Besatzer versuchten bald, sich bei der Machtausübung einheimischer rechtsextremistischer Splittergruppen zu bedienen: der „Nasjonal Samling“ unter Vidkun Quisling in Norwegen, der „Nationaal-Sozialistische Beweging der Nederlanden“ (NSB) unter Anton Adriaan Mussert in Holland. Von vornherein aber hatte das NS-Regime entschieden, jede Geste nationaler Eigenständigkeit von seiten dieser Gruppen schon im Keime zu ersticken<sup>291</sup>.

Im weiteren Verlauf des Krieges entstand in Berlin die Vision eines „Germanischen Reiches“. Doch im Gegensatz zu Hitler, für den das Wort „germanisch“ nicht Bestandteil eines weltanschaulichen Katechismus war, sondern je nach Bedarf für „deutsch“, „nationalsozialistisch“ oder gar „judenrein“ stehen konnte<sup>292</sup>, akzeptierte Heinrich Himmler den Begriff in seiner ursprünglichen Bedeutung. Aus dem Fundus seiner Geschichtskennntnisse schöpfend, versetzte er in typischer Schwärmermanier die Phänomene längst vergangener Zeiten in die Gegenwart und zog daraus auch noch praktisch-politische Schlüsse für die Zukunft. Für ihn stand fest, daß es sich bei den Germanen Skandinaviens, aber auch bei den Einwohnern des nördlichen Westeuropa, größtenteils um die Nachkommen der von ihm bewunderten Ur-Stämme handelte, waren es nun ursprünglich Goten, Sachsen oder auch Franken. Sie alle wollte er in ein neu-germanisches Reich einbezogen sehen, nicht gerade nach föderalistischem Vorbild, denn das würde regionale Autonomiebestrebungen bestärken (die Himmler genauso wenig litt wie der Führer), sondern in einer rassistisch und kulturell einheitlich ausgerichteten, homogen germanischen Gemeinschaft, in der die Deutschen lediglich Primi inter pares wären. Diese Einschränkung ließ jedoch schon wieder das nationalsozialistische Herrschaftsprinzip erkennen, wie auch Himmlers Gesamtvision von einem monolithischen germanischen Reich, ähnlich wie bei Hitler, auf der für den Nationalsozialismus so wesensmäßigen anti-thetischen Vorstellung von „Europa“ als dem schicksalsbestimmten Bollwerk gegen den Bolschewismus beruhte. Das „Abendland“ – es war Himmler synonym mit der germanischen „Idee Europa“ – müsse vor der asiatischen Gefahr bewahrt werden,

für diesen heiligen Zweck müßten sich alle nordwesteuropäischen Nationen unter der Führung Hitlers zusammenfinden. Als Wall gegen den Osten würde man „Wehrdörfer“ bauen; diese sollten indessen nicht nur mit Deutschen besiedelt werden. „Wir werden die Germanen aller Länder aufrufen“, meinte Himmler enthusiastisch im Juli 1942, „die Norweger und die Schweden, die Holländer und die Dänen, überall, wo junges und unternehmendes Blut vorhanden ist, werden wir ihm unseren Ostraum unter den besten Bedingungen und völliger Wahrnehmung ihrer Eigenart anbieten. Und sie werden sämtlich freiwillig kommen.“<sup>233</sup>

Auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basierte auch die Organisation der „germanischen“ Waffen-SS, die zu loben Himmler anfangs niemals müde wurde. In ihrer eigentlichen Form war sie die Schöpfung des SS-Gruppenführers Gottlob Berger, eines biedereren Schwaben, der, wie er treuherziger noch als Himmler versicherte, in der Waffen-SS „nicht nur eine Macht zur Wehr, sondern Kampftruppe einer Idee“ erblickte. Deshalb, so Berger, könne man der Waffen-SS auch erlauben, „Freiwilligen aller Länder“ Raum zu geben. „Damit fängt das neue Europa an.“<sup>234</sup> Gleichwohl ist es heute fraglich, wie viele der nordwesteuropäischen Freiwilligen in der Waffen-SS wirklich von Himmlers und Bergers fanatischer Idee eines „neuen Europa“ beseelt gewesen sind, ja aus welchen Motiven sie der Elite-Truppe Hitlers überhaupt beitraten. Der antibolschewistische Affekt, so bemerkt der amerikanische Biograph der Waffen-SS George H. Stein heute<sup>235</sup>, spielte bei ihnen längst nicht die Rolle, wie einstige deutsche Waffen-SS-Kommandeure lange Zeit nach dem Kriege noch zu behaupten liebten. Die meisten der Holländer, Dänen, Norweger, Schweden und Belgier, die der Waffen-SS mehr oder weniger freiwillig zuströmten, lernten den „Kommunismus“ erst an der harten Ostfront kennen, und es ist zweifelhaft, ob die deutsche Propaganda es tatsächlich vermochte, diesen Soldaten die Augen für die Eigenheiten des russischen „Untermenschen“ zu öffnen; die meisten dürften, wie ihre deutschen Kameraden, im „Iwan“ zumindest den widerstandsfähigen Landser geachtet haben<sup>236</sup>. Das Beispiel des schweizerischen Militärarztes Dr. Franz Riedweg, der zur Waffen-SS fand, weil er bereits unter seinen spießbürgerlichen Schweizer Zeitgenossen die „Vision eines vereinten Europa gegen die Kommunistische Internationale“ entwickelt haben will<sup>237</sup>, bleibt, wenn überhaupt glaubwürdig, gewiß eine Ausnahme. Gleichwohl: welcher germanische Waffen-SS-Anwärter besaß schon die Intelligenz und den Bildungsgrad eines Dr. Riedweg, um sich eigene Gedanken über die Neuordnung Europas zu machen? Die Mehrzahl der Freiwilligen, so meint jedenfalls Stein, schloß sich der Waffen-SS aus persönlichem Egoismus – Abenteuerlust, Prestige, Ruhm, materiellen Bedürfnissen – an, erst die zweitgrößte Gruppe ist politisch inspiriert gewesen<sup>238</sup>.

Himmlers Plan, seiner Waffen-SS – damals noch „Verfügungstruppe“ – germanische Freiwillige einzuverleiben, ging auf das Jahr 1938 zurück<sup>239</sup>. Nach Beginn des Krieges stieg der Bedarf an Waffen-SS-Personal erheblich an. Die nationalsozialistischen Blitzsiege über die nordwestlichen Randstaaten gaben Himmler dann Gelegenheit, seinen Bestand an germanischer SS zu erweitern. Um den neuen Erfordernissen Rechnung zu tragen, wurde das SS-Hauptamt Bergers, dem die SS-Verfügungstruppen bzw. Waffen-SS bisher unterstanden hatten, umorganisiert: mit Wirkung vom 15. August 1940 schied das Kommando der Waffen-SS, das Zentralamt, das Amt für Nachrichtenverbindungen und das Verwaltungsamt aus dem SS-Hauptamt (SSHA) aus und bildeten das SS-Führungshauptamt (SSFHA) un-

ter Himmler selbst, der den SS-Brigadeführer Hans Jüttner zu seinem Stabschef designierte. Berger, der Chef des SSHA blieb, hatte zwar an Kompetenzen verloren, konnte sich indes nun ganz seinen Spezialinteressen widmen: der Volkstumspolitik und der Arbeit in den germanischen Ländern, einschließlich der Aufstellung germanischer SS-Brigaden<sup>240</sup>. Bereits im Dezember 1940 hatte Berger aus den Regimentern „Westland“, „Nordland“ und „Germania“ die SS-Division „Wiking“ aufgestellt, von der immerhin fast ein Drittel aus den nordwestlichen Randgebieten stammte<sup>241</sup>. Unter dem Druck der Notwendigkeit, mehr Truppen für den geplanten Rußlandfeldzug aufzubieten, setzte die Werbung für germanische Volontäre, darunter auch solche aus dem unabhängigen Finnland<sup>242</sup>, Anfang 1941 ganz massiv ein. Ein vom SS-Hauptamt gegen Ende des Vorjahres im elsässischen Sennheim eingerichtetes Lager, in dem germanische SS-Freiwillige nicht nur militärisch gedrillt, sondern auch weltanschaulich geschult werden sollten, gewann nun an Bedeutung<sup>243</sup>. Innerhalb des SS-Hauptamtes wurde unter der Leitung Dr. Riedwegs eine sogenannte „Germanische Freiwilligen Leitstelle“ (GFL) geschaffen, die „für alle Organisationen der Waffen-SS und der Allgemeinen SS in anderen Ländern“ zuständig wurde. Dieser Stelle oblag auch die Anwerbung der Freiwilligen aus den germanischen Ländern<sup>244</sup>. Angesichts der noch immer relativ schwachen germanischen Komponente der SS-Division „Wiking“ ging Himmler dann dazu über, in sich geschlossene nationale Waffen-SS-Formationen zu bilden. Im April 1941 wurde mit Genehmigung Hitlers eine neue Freiwilligenstandarte „Nordwest“ ins Leben gerufen, die aus ca. 2 500 Freiwilligen aus Flandern und Holland bestehen sollte<sup>245</sup>. Aber um diese Freiwilligen auch wirklich anzulocken, ließen sich gewisse Konzessionen an die flämischen und holländischen Nationalistenführer nicht vermeiden. Neben Musserts NSB in Holland strebte in Flandern, dem von Flamen bewohnten nördlichen Teil Belgiens, der Nationalist Gustave (Staf) de Clerq mit seinem „Vlaamsch Nationaal Verbond“ (VNV) nach kultureller Autonomie, in engem politischen Bund mit Holland („Groot-Dietsland“) <sup>246</sup>. Am 26. April 1941 informierte Berger seinen Chef, de Clerq habe versprochen, Mitglieder seines VNV der Standarte „Nordwest“ zuzuführen, falls seine Autonomiewünsche berücksichtigt würden<sup>247</sup>.

Ein derartiges Zugeständnis aber setzte voraus, daß die SS Himmlers in den germanischen Ländern über ein gewisses Quantum Macht verfügte, das über die Kompetenzen der Waffen-SS-Stellen hinausging. In der Tat war Himmler seit 1940 bemüht, seinen Traum von einem „Großgermanischen Reich“ nicht nur mittels Aufstellung von freiwilligen einheimischen Waffen-SS-Verbänden zu realisieren, sondern in den jeweiligen Ländern selbst Fuß zu fassen und seinen Einflußbereich auf möglichst viele Lebensgebiete, insbesondere die der Polizei, Politik, Kultur und Wissenschaft auszudehnen. Im Polizeisektor machte Himmler die schnellsten Fortschritte: 1940 waren den Reichskommissariaten Dienststellen der Höheren SS- und Polizeiführer angegliedert worden<sup>248</sup>; diesen oblag in der Folgezeit die Zerschlagung des nationalen Widerstandes und die Lösung der Judenfrage. Die Phase der politischen Infiltration begann Mitte 1940 mit dem Versuch der SS, nationale rechts-extremistische Gruppen und Grüppchen gegeneinander auszuspielen, sich Gewährsmänner zu sichern und bei gewichtigen politischen Entscheidungen den Schiedsrichter zu spielen. In Norwegen und Holland war diese Taktik am wirkungsvollsten. In Oslo ist der norwegische Polizeioffizier Jonas Lie, der sich schon im Sommer

1940 verpflichtet hat, die einheimische Polizei dem Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei zu unterstellen, seit September 1940 Polizeiminister, nebenher auch Kommandeur der norwegischen SS, was einem Affront gegen seinen alten Kontrahenten Quisling gleichkommt<sup>249</sup>. In Holland gerät der NSB-Führer Mussert in die Schußlinie der SS: Reichskommissar Seyß-Inquart, selbst SS-Obergruppenführer und hier unter dem Einfluß Himmlers, ernennet im Juli 1940 kurzfristig den SS-Günstling M. M. Rost van Tonningen gegen den Willen Musserts zum „Kommissar für die marxistischen Parteien“<sup>250</sup>, im April 1941 zum Leiter des Ministeriums der Finanzen und Präsidenten der Niederländischen Bank. Rost seinerseits versucht seitdem unaufhörlich, Himmler einzureden, daß eine Mussert-Regierung in Holland „nicht opportun“ sei<sup>251</sup> – offensichtlich mit Erfolg, denn Mussert sitzt zwei Jahre später noch immer nicht in einem politischen Amt, Rost hingegen hat zu seinen früheren Ämtern zusätzlich das „Generalsekretariat für besondere wirtschaftliche Aufgaben“ bekommen<sup>252</sup>. Himmler und seine SS waren auf dem Anmarsch, aber welchen Zweck verfolgten sie im einzelnen? Eines ist klar: wenn sie kraft ihrer Machtmittel die „nationalen“ Bestrebungen der Quisling und Mussert zunichte machen wollten, so hieß das nicht, daß sie mögliche „nationale“ Bestrebungen ihrer eigenen SS-Protégés zu tolerieren gewillt waren. Holländer und Norweger, die am Aufbau des Germanischen Reiches und in der germanischen SS mitwirken wollten, hatten stets „Germanen“ zu sein, und erst in zweiter Linie Holländer und Norweger. „Das nationale Gebaren“, so schreibt Look, „wurde in der SS schlicht als ‚Separatismus‘ und ‚Partikularismus‘ gebrandmarkt“<sup>253</sup>. Himmler und seine SS vermochten zwar das Fernziel Musserts, Quislings und ihrer nationalistisch gesinnten Genossen zu akzeptieren, nämlich eine „Mitwirkung an einer größeren politischen Gemeinschaft“ mit Namen „Großgermanien“, nicht jedoch ihre Zwischenlösung: „eine völkische Erneuerung, einen stärkeren heimischen Staat“<sup>254</sup>. Deshalb erscheinen auch die „Konzessionen“, die Berger dem Flamenführer de Clerq im April 1941 machte, als von Grund auf suspekt.

Um seine Stellung weiterhin zu festigen, insbesondere, um die Bestrebungen nationaler Gruppen scharf zu kontrollieren, verfiel Himmler darauf, sie als gleichberechtigte Partner zu Aussprache und Kooperation auf Gebieten zu rufen, die gerade sie als die wichtigsten Manifestationen ihres volkhaften Daseins betrachten mußten: Volkstumsarbeit und „völkische“ Wissenschaft. Dieser Schachzug Himmlers entbehrte nicht einer gewissen Logik: auf jenen Gebieten war Himmler kompetent, da galt er auch im Altreich als ein Fachmann. Die neuen Aufgaben sollten vom SS-Hauptamt Bergers in Angriff genommen werden. Im April 1941, zur Zeit ihres Entstehens, wurde deshalb die „Germanische Freiwilligen Leitstelle“ nicht allein als Waffen-SS-Werbezentrale im Ausland, sondern, unter der Bezeichnung „Amt VI (SSHA)“, auch als künftiges Amt für „volksgermanische Führung“ konzipiert, mit Berger als Amtsleiter und Riedweg als Stabsführer. Das Programm war bereits festgelegt: in den germanischen Ländern sollte durch das Amt VI „keine unmittelbare politische Beeinflussung im engeren Sinne stattfinden, vielmehr sollen die großen Gedanken der gemeinsamen germanischen Kultur (Vorgeschichte, Volkskunde und verwandte Zweige) gefördert und gepflegt werden“. Die Rückkehr der freiwilligen Waffen-SS-Verbände in ihre Heimatländer sollte mit der Errichtung von „Pflegetätten“ dort verbunden werden<sup>255</sup>. Für die Kontaktaufnahme mit holländischen, flämischen und norwegischen Volkstumsexperten und Wissenschaftlern er-

wählte Himmler seinen mittlerweile auf politischem Gebiet recht erfahrenen Wissenschaftsverein „Das Ahnenerbe e. V.“, der mit der Leitstelle eng zusammenzuwirken hatte. Es wurde vorgeschlagen, daß ein vom Reichsgeschäftsführer Sievers benannter Mitarbeiter des „Ahnenerbes“ als Verbindungsführer zum Amt VI bestimmt werde, um die Zusammenarbeit vorzubereiten<sup>256</sup>. Dazu erkor Sievers den österreichischen Germanisten Dr. Hans Schneider, SS-Untersturmführer (später Obersturmführer) und vormaliger Mitarbeiter der Salzburger Abteilung für germanisch-deutsche Volkskunde, der Anfang November 1939 mit anderen Mitarbeitern dieser Abteilung nach Wien versetzt worden war<sup>257</sup>. Schon laut Befehl Himmlers vom 20. Juni 1940 hatte Schneider sich im Hochsommer des Jahres in Den Haag niedergelassen, von wo aus er als Angehöriger der SS-Kommandantur bereits vor dem Kriege geknüpft Kontakte<sup>258</sup> mit einheimischen Volksgruppen intensiviert<sup>259</sup>. Im Oktober 1941 war Sievers so weit, ein entsprechendes Zentralreferat im „Ahnenerbe“ zu schaffen, das Schneider übernehmen würde<sup>260</sup>. Himmler und seine Leute mußten sich beeilen, wenn sie in den germanischen Ländern noch etwas ausrichten wollten, denn unterdessen hatten sich dort die Vertreter des Reichs und der Partei feste Stützpunkte aufgebaut. Das galt besonders für Holland. Hier herrschten grundlegende Meinungsunterschiede, die in gegenseitigem Neid um lokale Machtpositionen gipfelten, so zwischen dem von deutschen Besatzungspolitikern wie Seyß-Inquart, dem politischen Generalkommissar Fritz Schmidt und dem Generalkommissar für Justiz und Inneres, Dr. Friedrich Wimmer, unterstützten NSDAP-Stab einerseits und dem Höheren SS- und Polizeiführer Hanns Albin Rauter andererseits<sup>261</sup>. Diese Spannungen spiegelten sich in den Beziehungen zwischen den einheimischen nationalsozialistischen Gruppen und der germanischen SS wider und führten schließlich, auf kultureller Ebene, zu Reibereien zwischen den Exponenten gegensätzlicher Volkstums- und Wissenschaftsideologien, deren Institute und Verbände allseits als machtpolitische Knotenpunkte angesehen wurden. So wurde die im heimatischen völkischen Grund verwurzelte Stiftung „Der Vaderen Erfdeel“ im Sommer 1940 von der SS patronisiert und schließlich ohne Umschweife von Schneider in eine SS-eigene Organisation, „Volksche Werkgemeinschaft“, zwangsüberführt<sup>262</sup>. Dadurch glaubte die SS eine unmittelbare Kontrolle über einheimische Volkstumspolitiker gewährleistet zu haben, was wiederum eine breite Streuung SS-gemäßer Propaganda ermöglichen würde. Um die SS-Aufklärer zu behindern, die ja lediglich bezweckten, das „Reichsbewußtsein“ der Niederländer zu wecken, anstatt diese kleinzuhalten, trugen Kreise um Reichskommissar Seyß-Inquart sich Anfang 1942 mit Plänen, ein „Germanisches Institut“ in Den Haag aufzumachen, was von der SS auch prompt als Kampfansage empfunden wurde<sup>263</sup>. Doch um sich in den Randländern wirklich durchsetzen zu können, benötigte Himmler vor allem eines: Geld. Als Reichsführer-SS konnte er in diesen Ländern nur die reguläre Besatzungsarbeit seiner SS und Polizei, wie auch die Freiwilligenwerbung finanzieren, nicht jedoch die Volkstumsarbeit und verwandte Aufgaben. Selbst als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums vermochte er da nicht viel, der RKF hatte in den nordwestlichen Randländern kaum deutsches Volkstum zu „festigen“. Im Januar 1942 sprang endlich der Reichsschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, ein und gab Himmler grünes Licht, indem er verfügte, daß fortan „alle Mittel, die von der Partei für die germanische Arbeit gegeben werden (HJ, Frauenarbeit, Napolas, Mannschaftshäuser), über die Germa-

nische Freiwilligen Leitstelle gehen müssen“. Himmler solle bei seiner neuen Tätigkeit nicht als Reichsführer-SS (natürlich auch nicht als RKF), sondern in seiner Eigenschaft als „Reichsleiter für Volkstumsfragen“ bzw. „Volkstumsbeauftragter der Partei“ auftreten<sup>264</sup>. Doch im Mai 1942, als es den Männern im SS-Hauptamt Bergers längst eingeleuchtet hatte, daß man die drohende Gefahr eines Germanischen Instituts in Den Haag nur noch durch einen schnellen und schlagkräftigen Einsatz des mit der Freiwilligen Leitstelle zu koppelnden SS-„Ahnenerbes“ würde abwehren können<sup>265</sup>, besaß Himmler noch immer keine offiziellen Vollmachten, um seine germanische Arbeit in den Randländern zu legitimieren, obgleich Hitler selbst ihn Anfang 1942 lose ermächtigt hatte, „die gesamte germanische Arbeit in die Hände zu nehmen“<sup>266</sup>. Sievers und die Experten Gottlob Bergers ließen sich indessen dadurch nicht im geringsten stören. Gemeinsam berieten sie über die organisatorische Verflechtung des neuen „Ahnenerbe“-Referats mit der Freiwilligen Leitstelle und erwogen den Einsatz geeigneter Repräsentanten in den einzelnen Gebieten: Prof. Dr. Schwalm in Oslo, des deutschen Prähistorikers Prof. Dr. Kurt Tackenberg in Brüssel<sup>267</sup>. Schwalm war alter „Ahnenerbe“-Konfident, von Tackenberg aber konnte das nicht gesagt werden. Ihn wollte das „Ahnenerbe“ für die SS gewinnen, weil er zum Leiter des „Deutschen Instituts“ in Brüssel ausersehen worden war, das den Reichsinteressen der Schutzstaffel solange entgegenstehen würde, wie es vom Auswärtigen Amt und anderen deutschen Behörden gestützt wurde<sup>268</sup>. Das „Ahnenerbe“ war daher weniger an der Person Tackenburgs als an dessen Institut interessiert, hieß es doch schon im Juni 1942, dieses sei zu einem späteren Zeitpunkt „in die Obhut der SS“ zu übernehmen<sup>269</sup>. Für Holland, wo Hans Schneider den Anfang gemacht hatte, war SS-Oberscharführer Dr. Mai, zeitweiliger „Ahnenerbe“-Abteilungsleiter für Märchen- und Sagenkunde, vorgesehen<sup>270</sup>; er war schon für das „Ahnenerbe“ in Polen und Südtirol mit dabei gewesen.

Am 12. August erst erreichte Himmler sein Ziel: nun wurde er durch eine Anordnung Martin Bormanns zum Führer-Beauftragten für „Verhandlungen mit allen germanisch-völkischen Gruppen“ ernannt<sup>271</sup>. Die Verfügung trug offen Monopolcharakter: „Für Verhandlungen mit allen germanisch-völkischen Gruppen in Dänemark, Norwegen, Belgien und den Niederlanden ist im Bereich der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände ausschließlich der Reichsführer-SS zuständig.“ Erscheine im Einzelfalle die direkte Zusammenarbeit anderer Dienststellen der Bewegung im Reich, z. B. der HJ, mit diesen Gruppen erwünscht, so sei dazu das Einverständnis des Reichsführers-SS, dessen Weisungen und Richtlinien jeweils zu beachten seien, einzuholen<sup>272</sup>. Zwei Tage später kündigte der Stabsbefehl Nr. 14/42 Gottlob Bergers an, der Reichsführer-SS habe das „Ahnenerbe“ „mit der Durchführung sämtlicher wissenschaftlich-forschenden [!] Aufgaben und Arbeiten im Rahmen der großen Gesamtaufgaben der Schutzstaffel betraut“<sup>273</sup>. Bis Oktober waren die Vertreter des „Ahnenerbes“ in Den Haag, Brüssel und Oslo auf ihren Plätzen. Schneider saß in Berlin, von wo aus er, in ständiger Fühlungnahme mit dem Reichsgeschäftsführer in der Pücklerstraße, das Referat „Germanischer Wissenschaftseinsatz“ (GWE) leitete. Seine Männer, die vom „Ahnenerbe“ ihre fachlichen Arbeitsanweisungen erhielten, wurden organisatorisch den einzelnen Außenstellen der Germanischen Freiwilligen Leitstelle (Amt VI des SSHA<sup>274</sup>) zugeteilt. Deren Leitern unterstanden sie „dienstaufsichtsmäßig, insbesondere in soldatischer und politischer Hinsicht“<sup>275</sup>.

Im Sinne der These Himmlers von der Einheit der nordwestlichen Randländer und Großdeutschlands innerhalb eines Großgermanischen Reiches sollte das „Ahnenerbe“ versuchen, Skandinavier, Flamen und Holländer zur Kooperation am Aufbau des „Reiches“ zu gewinnen. Für das „Ahnenerbe“ hieß dies – nach thematischen Gesichtspunkten – eine weitere Ausdeutung der Parole aus den Anfängen: „Raum, Geist und Tat des nordischen Indogermanentums zu erforschen“. Gehörten Skandinavier und Niederländer nicht etwa seit jeher zum „nordischen Indogermanentum“, ja hatte das nicht außer Heinrich Himmler sogar schon der längst vergessene Herman Wirth gesagt? Hier wird offenbar, in welchem Maße die auf den ersten Blick hin harmlos anmutende Formel vom „Indogermanentum“ im Ernstfalle eines Eroberungskrieges politisch applizierbar war! Die Validität der monokausalen „germanischen“ Geschichtsthese fand man übrigens auch aus der Sicht der neuen Lehnsvölker bestätigt. In Holland etwa wurde sie durch die völkischen Programmpunkte mancher einheimischer Gruppen, insbesondere „Erfdeel“ und „Saxo-Frisia“, gestützt, die ihrerseits ursprünglich wieder von deutschen Pan-Germanen beeinflusst gewesen sein dürften<sup>276</sup>, aber das tat in diesem Zusammenhang ja nichts zur Sache. Dementsprechend war denn auch das schriftliche Bekenntnis des Reichsgeschäftsführers Sievers zur großgermanischen Reichsidee Himmlers, das vage an die Reichskonzeption des Sieversschen Jugendfreundes Hielscher erinnert, womit nicht gesagt sein soll, daß der zynische Sievers damals weder dem schwärmerischen Gedankengut Himmlers noch dem Hielschers anhing: möglicherweise erhielt Sievers seine Vorlage von dem Fachmann Schneider. Nicht minder romantisch als Himmler, aber in viel plastischeren Bildern, schilderte Sievers im Januar 1941 das Ideal des neuen „Reiches“: „Hauptziel ist es“, heißt es in der vereinsinternen Denkschrift überschwinglich, „vom Kulturellen her in Deutschland selbst das *Reichsbewußtsein* neu zu wecken, bezw. zu vertiefen, von dessen einstiger Größe beispielsweise ein Straßburger Münster, die Prager Burg, das Fuggerhaus auf dem Warschauer Altmarkt, die flandrischen Tuchhallen noch heute Zeugnis ablegen über Jahrhunderte hinweg, in denen das Reich schwach und im böhmisch-mährischen Raum, in den Niederlanden, im Flamentum, in der Schweiz das Gefühl der Zugehörigkeit zum Reich verloren gegangen war. Es wird notwendig sein, die Verbindungen bloß zu legen, die dennoch niemals abgerissen sind, die Überfremdung durch Kirche, Liberalismus, Freimaurerei und Judentum hinwegzuräumen und die Wiedervereinigung der Menschen germanischen Blutes im Reich zu erleichtern, das – lange seiner selbst durch internationale Ideologien entfremdet – trotz allem germanische Art am stärksten gewahrt hat.“<sup>277</sup> Wie aber weckte man das „Reichsbewußtsein“ in den germanischen Ländern? Indem man das „Trennende“ zwischen den germanischen Völkern unterdrückte und das „Verbindende“ hervorhob. Das „Trennende“, das waren nach Meinung der SS-Strategen die ideologischen Bremsklötze der Vergangenheit; Sievers nennt sie „Kirche, Liberalismus, Freimaurerei und Judentum“, den vielgeschmähten „Humanismus“ hätte er da ruhig noch hinzusetzen dürfen. Das „Verbindende“, das waren die „germanischen Grundlagen“<sup>278</sup>, das war – gegenwärtig – das „große gemeinsame Kampferlebnis“ gegen den „Bolschewismus“<sup>279</sup>, das war die „lebendige germanische Kontinuität im geschichtlichen Geschehen“<sup>280</sup>. Laut den Direktiven der SS galt es also, durch Manipulation und Gewalt „Einbruch zu schaffen in die liberalistisch-humanistische Bildungsfront“<sup>281</sup>, um dem „großgermanischen Gedanken“ des „künftigen Reiches“<sup>282</sup> Raum zu schaffen. Praktisch

ließ sich das erreichen durch die „Wiederbelebung des germanischen Volks- und Kulturbewußtseins“, und zwar „mit dem äußerst wirkungsvollen, weil neutral getarnten [!] politischen Propagandamittel der Wissenschaft“<sup>283</sup>. Das lief auf eine Überbetonung der deutsch-germanischen Volkskunde hinaus – und auf diesem Gebiet war das „Ahnenerbe“ ja tatsächlich einigermaßen bewandert. Die Verbreitung großgermanischer Gedanken sollte demnach durch Publikationen, also Zeitschriften, Bücher, Broschüren, aber auch durch Vorträge und Ausstellungen geschehen<sup>284</sup>. Große Wichtigkeit wurde der Beeinflussung germanischer Jugend, besonders der akademischen, durch wissenschaftlichen Austausch beigemessen. Interessant ist, daß das „Ahnenerbe“, ganz der Theorie Himmlers entsprechend, weder daran dachte, die Idee des „großdeutschen Mythos“, also das deutsche Herrschaftsprinzip der Nationalsozialisten schlechthin, zu fördern, ja sogar dagegen angehen wollte<sup>285</sup>, noch im Sinne hatte, den einzelnen Ländern auch nur eine Spur von kultureller Autonomie zuzugestehen – das letztere hätte wieder ein Hervorheben des „Trennenden“ bedeutet. Zwischen deutschen, holländischen und norwegischen Kulturwerten gab es fließende Grenzen, sie waren austauschbar. Nur wenn dieser Grundsatz in den nordwestlichen Randländern Wurzel gefaßt hatte, konnten Himmlers und Bergers Visionen von „einer wahren Germanisierung des mitteleuropäischen und nordischen Raumes“ verwirklicht und damit die „Grundlagen“ dazu geschaffen werden, daß später „ohne Zwischenlösung [lies: ohne völlige Unterdrückung], unter vollster Wahrung der völkischen [lies: germanischen] Eigenart, Kultur und Sitten, diese Völker an das großgermanische Reich geknüpft werden können“<sup>286</sup>. Die Außenstellen des „Ahnenerbes“ machten sich denn auch mit einigem Optimismus an die Arbeit. Indes wurde dieser Optimismus bald gedämpft, nachdem erst einmal offenbar geworden war, mit welcher erheblichen Schwierigkeiten man zu kämpfen haben würde. Unter der einheimischen Bevölkerung stießen Himmlers Reichsromantiker überall auf Mißtrauen. Was die Niederlande betrifft, so war den „Ahnenerbe“-Funktionären bereits im April 1942 die „ablehnende bzw. feindselige Einstellung der holländischen Wissenschaftler“ zur Genüge bekannt<sup>287</sup> – wie wollten sie dann einheimische Gelehrte für ihre großgermanische Reichsidee gewinnen? Um die volkstümlichen Vereine stand es wenig besser. Als im Herbst im Zuge des Aufbaues der flämischen „Ahnenerbe“-Außenstelle in Brüssel analog dem holländischen Modell auch eine nationale „Werkgemeinschaft“ gegründet werden sollte, warnte SS-Obersturmführer Schneider vor gegnerischen Kräften. „Die politische Lenkung und Führung der Werkgemeinschaft Flandern wird sehr vorsichtig und zurückhaltend sein müssen. Es wird zunächst nicht möglich sein, sie direkt in Verbindung mit der SS zu bringen, da diese in Flandern bisher allzusehr die Meinung hat aufkommen lassen, sie erstrebe eine reine Eindeutschungspolitik. Die Werkgemeinschaft wird im Gegenteil zunächst auch Gruppen umfassen müssen, die dem VNV ergeben sind, und die sich auch noch nicht endgültig von der katholischen Kirche gelöst haben.“<sup>288</sup> Diese Taktik war gezielt scheinheilig, sie stand in deutlichem Widerspruch zu der weiter oben abgegebenen Versicherung, die gesamte Arbeit stehe „selbstverständlich im Rahmen des großgermanischen Auftrags der SS, d. h. die Arbeit der einzelnen Werkgemeinschaften in den Randländern dient keineswegs zur Festigung vorhandener nationalistischer Bestrebungen, sondern zur Hinführung in eine germanische Ordnung und Weltanschauung“<sup>289</sup>. Außerdem gab es noch die Konkurrenz. Die Gefahr aus den Kreisen des Reichs-

kommissars Seyß-Inquart war im Sommer 1942 akut geworden, als das Germanische Institut tatsächlich zu arbeiten begonnen hatte. Zwar traf es sich günstig, daß der Leiter der wissenschaftlichen Forschungsabteilung, der Kölner Apotheker und Vorgeschichtsexperte Prof. Dr. von Stokar, im August den Anschluß des Instituts an das „Ahnenerbe“ „für den einzig richtigen Weg“ hielt und zu berichten wußte, selbst Seyß-Inquart habe den Anschluß „grundsätzlich genehmigt“<sup>290</sup>. Aber in den folgenden Wochen sah Kulturkommissar Wimmer darauf, den Einfluß des „Ahnenerbe“-freundlichen Stokar durch stärkeres Einschalten des Leiters der „Instituts“-Abteilung 2 („Verwaltung“), Dr. Plutzar, zu untergraben<sup>291</sup>. Daß sowohl Plutzar als auch Wimmer SS-Führerränge bekleideten, tat in diesem Falle einmal gar nichts zur Sache; hier scheiterte die SS mit ihrem traditionell geübten Brauch, sich mittels eigenmächtiger Rangernennungen Vorposten in fremden Ressorts zu schaffen. So hatte denn Dr. Schneider einen weiteren Grund, sich hinsichtlich der Verankerung in den germanischen Randländern bitter zu beklagen, „da hier jede deutsche Reichsstelle nach eigenen Gesichtspunkten arbeitet“<sup>292</sup>. Und soviel wußte man: während die SS anfangs darauf drang, gerade in den Instituten und Werkgemeinschaften ihre ausländischen „Germanen“ zu beschäftigen (zumal Wissenschaftler aus dem Altreich immer knapper wurden), versteiften sich Seyß-Inquarts Männer im Einklang mit ihrer herkömmlichen Auffassung von strenger Besatzungspolitik auf die Behauptung, die Aufgaben *ihrer* Institute könnten niemals durch einheimische Forscher gelöst werden<sup>293</sup>.

Zu diesem Ärgernis kamen spezielle Hindernisse in den einzelnen Operationsgebieten. In Dänemark gelang dem „Ahnenerbe“ noch nicht einmal der Anlauf, obwohl Kopenhagen ursprünglich auch miteingeplant worden war. Der Grund hierfür ist wohl darin zu sehen, daß die dänische Regierung sich bis zum Herbst 1942, als die Arbeit in den übrigen Randländern gerade begann, verhältnismäßig gut zu behaupten wußte und die SS hier ohne festen Stützpunkt war, an den man sich beim Aufbau der Außenstelle hätte anlehnen können. Erst nach dem Einzug des großgermanisch gesinnten Reichsbevollmächtigten, SS-Obergruppenführers Dr. Werner Best, im November 1942 in Kopenhagen, änderte sich das<sup>294</sup>, aber da kam das „Ahnenerbe“ nicht mehr recht zum Zuge. Zwar äußerte Sievers sogleich, man sollte doch versuchen, den SS-Obersturmführer Dr. Koopmann, der mit dem skandinavischen Raum besonders „vertraut“ sei und fließend Dänisch spreche, „als Vertreter des ‚Ahnenerbes‘ eines Tages nach Kopenhagen zu setzen“<sup>295</sup>, aber konkrete Vorschläge wußte er nicht zu unterbreiten. Leitende Herren des Germanischen Wissenschaftsinsatzes trafen sich dann im Dezember zu einer Führer-Besprechung im Høvelte-Gaarden bei Kopenhagen<sup>296</sup>, doch hatte dieser Vorfall lediglich symbolhafte Bedeutung. Das „Ahnenerbe“ wurde in Dänemark erst im März 1943 aktiv, und auch dann nur über seine Osloer Dienststelle; fortan erschöpften sich die dänischen Aufgaben im Denkmalschutz, den der deutsche Prähistoriker Dr. Karl Kersten wahrnahm<sup>297</sup>.

Ein derartig scharfes Abbiegen vom ursprünglichen Pfad läßt sich freilich nicht nur für Dänemark, sondern auch für Norwegen beobachten. Das schon von Holland und Flandern her bekannte Mißtrauen der einheimischen Bevölkerung, gerade der gebildeten, die es für die großgermanische Idee zu gewinnen galt, stellte hier jede Form der Zusammenarbeit in Frage. Der Versuch einer Kontaktaufnahme mit norwegischen Wissenschaftlern war bis zum März 1943 so schwer erschüttert worden,

daß konstruktive Vorhaben des Auslandsamtes der deutschen Dozentenschaft, vermutlich den Austausch zwischen deutschen und norwegischen Forschern betreffend, zurückgestellt werden mußten<sup>298</sup>. Die Dienststelle Hans Schwalm aber mußte damals neben Berichten über die luftschutzmäßige Sicherung von Denkmälern und Museen auch noch eine Zusammenstellung „über die Tätigkeit der feindlich eingestellten Wissenschaftler und ihrer Arbeit“ in ihr Programm miteinbeziehen<sup>299</sup>. Und selbst beim Denkmalschutz, der, sachlich betrachtet, im norwegischen Interesse gelegen hätte, stieß Schwalm in Aussprachen mit Norwegern zumeist auf kühle Reserve, wofür Schwalm heute im besonderen die Politik des Reichskommissars Terboven verantwortlich machen will. „Jeder Deutsche, der in irgendeinem Zusammenhang mit der Besatzung und der Zivilverwaltung stand, war durch diese Politik unglaublich geworden.“<sup>300</sup>

Vornehmlich wird dies natürlich für die SS selbst gegolten haben, als deren Vertreter auch Schwalm in Norwegen agierte. In der Tat trieb die Schutzstaffel Himmlers in den Randländern eine höchst widersprüchliche Politik, die gerade die intelligenten Einheimischen, die die SS umwarb, mit einer Mischung von Mißmut und Unglauben erfüllt haben dürfte. Der sogenannte Idealismus, mit dem Leute wie Schwalm in den Randländern zu Werke gingen, mußte sich angesichts der Gewaltpolitik, die die SS- und Polizeitruppen auf ihren Schild geschrieben hatten, als ein recht brüchiges Substrat für eine künftige deutsch-germanische Freundschaft herausstellen. Denn gerade die „guten“ Norweger, von denen Schwalm heute andächtig spricht, waren es ja, die den Widerstand am Leben hielten; dafür wurden sie von der SS anhaltend und auf grausamste Weise verfolgt. Sie setzte dem norwegischen Versicherungsmathematiker Petter Moen ebenso hartnäckig nach<sup>301</sup> wie dem Rektor der Osloer Universität, Prof. Dr. Didrik Arup Seip, der seit Frühjahr 1942 im KL Sachsenhausen interniert wurde. Als hätte er das Widersinnige seines Tuns eingesehen, entschloß sich der Reichsführer-SS zum Weihnachtsfest 1942, Seip zu entlassen und hinfort in München unter Hausarrest zu halten; völlige Freiheit erlangte Seip indessen nicht<sup>302</sup>. Was mühte sich Schwalm da noch, den fraglich gewordenen „Wissenschaftseinsatz“ des „Ahnenerbes“ in Norwegen durch eine auffällige Betriebsamkeit als Denkmalspfleger zu retten<sup>303</sup>?

Bis Mai 1943 gelangte denn die Arbeit des „Ahnenerbes“ in den germanischen Ländern über das Stadium der Planung kaum hinaus. Lediglich im Verlagswesen konnte man Erfolge verbuchen, aber auch hier nur spärliche. Holland, wo es immer noch die meisten Anhänger gab, war den anderen Ländern voraus. Hier gab die SS-eigene „Volksche Werkgemeinschaft“ bereits seit Oktober 1940 in ihrem Hammer-Verlag eine monatliche Zeitschrift mit gleichlautendem Namen heraus<sup>304</sup> – die Titelauswahl war an sich geschickt, wenn auch nicht gerade originell, wenn man bedenkt, daß der berühmte Antisemit Theodor Fritsch schon um 1900 ein Blatt *Der Hammer* publiziert hatte, das als prominentes Sprachrohr des Pan-Germanismus in die Geschichte eingegangen ist<sup>305</sup>. Die holländische Version strebte mithin, ganz im Sinne der SS, die Verbreitung „volkskundlichen Wissens durch reichgebildete Beiträge über Brauchtum, Volkskunst, Heimatkunde, Vorgeschichte, Germanenkunde u. a.“ an<sup>306</sup>, ohne damit ihrem Schwester-Organ Konkurrenz zu machen, der auf volkstümlicher Ebene redigierten Zeitschrift *Volksche Wacht*, die als „Kampfbblatt für Niederländisches Volksbewußtsein“ jedoch keineswegs, wie der Untertitel vermuten läßt, einem holländischen Chauvinismus das Wort reden woll-

te, sondern dem „Ringens um den völkischen Gedanken in den Niederlanden“ Ausdruck verleihen sollte<sup>307</sup>, wobei der Begriff „völkisch“, nach der Auslegung der SS, mit „germanisch“ gleichzusetzen war. In Flandern wurde eine flämische Ausgabe des *Hamer* von dem innerhalb der flämischen Werkgemeinschaft neuzugründenden Verlag De Burcht vorbereitet<sup>308</sup>. Außer den Zeitschriften sollten die Verlage Hamer und De Burcht auch die mannigfachen Spezialuntersuchungen verlegen, die von Mitarbeitern des GWE zu verfassen waren, so ein *Germanisches Märchenbuch*<sup>309</sup>, verschiedene Arbeiten über „germanisches Eherecht“<sup>310</sup> und Beiträge zu einer Reihe „Unsere Vorfahren“<sup>311</sup>. Die Tatsache, daß die designierten Verfasser dieser Werke jedoch nicht „Germanen“, sondern reichsdeutsche Wissenschaftler waren, war recht dazu angetan, die angeblich so ehrlichen Absichten der SS, ihre Nachbarvölker am großgermanischen Schicksal als gleichgestellte Partner teilhaben zu lassen, als in höchstem Maße trügerisch zu entlarven. Wie wenig der Germanische Wissenschaftseinsatz – einzelne Mitglieder vielleicht ausgenommen – im Grunde dazu bereit war, seine „Blutsverwandten“ anzuerkennen, zeigt das Protokoll einer Konferenz zur Planung eines *Germanischen Geschichtsbuches* vom 7. Januar 1943. Die Chronik sollte nicht nur „die gesamte europäische Geschichte unter dem Blickpunkt des Germanentums“ beschreiben, sondern auch in „eine Auseinandersetzung mit England und dem Amerikanertum“ hineinführen<sup>312</sup>. Fünfzehn verschiedene Themen wurden ausgewählt, die von achtzehn Fachleuten zu bearbeiten waren; die Redaktion hatte Plaßmann. Von diesen achtzehn Wissenschaftlern stammten indes nur zwei aus den germanischen Randländern, nämlich Professor Roosbroek aus Flandern und Dr. Theuniß aus den Niederlanden (Aufgabenstellung: „Reichswestraum“). Selbst die Themenkreise „Nordraum“, „Dänemark“ und „Schweden“ waren nicht etwa Skandinavien, sondern deutschen Wissenschaftlern vorbehalten<sup>313</sup>. Daß es vor den germanischen Wissenschaftlern doch immer etwas zu verbergen gab, bewies auch Kurator Wüst Mitte April 1943, als er über „Das ‚Ahnenerbe‘ als germanische Überlieferung“ (Untertitel: „Wesen und Ziel der wissenschaftlichen Arbeit des Reichsführers-SS“) wohl vor dem „Führerkorps“ der SS und Polizei in Den Haag und Brüssel, nicht jedoch vor den Einheimischen sprach<sup>314</sup>. Es lag ganz auf der Linie dieser nur noch mit Mühe zu verhüllenden Bevormundungspolitik der SS, daß sie gegen Ende des Monats die Umbenennung der „Völkische Werkgemeinschaft“ in „Werkgemeinschaft Niederlande“ und den Einbau dieser Gruppe in das „Ahnenerbe“ – vermutlich über den GWE – erwog<sup>315</sup>, eine Maßnahme, die freilich nur symbolischen Charakter trug, denn die Organisation war in Wahrheit seit ihren Anfängen ein reines SS-Produkt gewesen, das sich nur nach außen hin den Anschein der Selbständigkeit gegeben hatte. Fürwahr, der anfangs noch verborgene Herrschaftsanspruch der Schutzstaffel kam immer mehr zum Vorschein.

Was war mit dem erst so laut proklamierten Solidaritätsgedanken der Schutzstaffel hinsichtlich ihrer „Reichsgenossen“ geschehen? Die Zerstörung der früher noch teilweise vorhandenen Vertrauensbasis zwischen deutscher SS und begeisterungsfähigen, jungen „Germanen“ kann nicht allein als eine Folge des inneren Zwiespalts zwischen Polizeiterror und nordischer SS-Ideologie verstanden werden. In gewisser Weise wurde Himmlers Reichskonzeption auch ein Opfer der Großraumpolitik Hitlers seit 1940, die Mißtrauen gegen *jeden* bezwungenen Feind voraussetzte, war er nun Russe oder Norweger. Schon zu Anfang hatte es Reibereien

zwischen germanischer Waffen-SS und ihren überheblichen deutschen Instruktoren gegeben, in der Folgezeit wurden die germanischen Verbände an der Ostfront aufgerieben, ohne jemals die Achtung ihrer deutschen Kameraden errungen zu haben. Nach 1942, besonders aber nach der Katastrophe von Stalingrad, zeigten die „Germanen“ immer weniger Neigung, an der Seite deutscher Waffenbrüder gegen den Bolschewismus zu kämpfen<sup>316</sup>. Himmler und seine Generale reagierten, anstatt mit Toleranz und Verständnis, mit Unnachsichtigkeit und Härte; das dämpfte auch das „Reichsbewußtsein“. Mehr noch: aufgrund der Hitlerschen Kriegspolitik vermochte Himmler seine Versprechen nicht zu erfüllen, die er, soweit sie den Osten betrafen, ernst gemeint hatte. Aber weder wurden norwegische, holländische oder flämische Siedler zu „Wehrbauern“ an einer germanischen Militärgrenze im Osten erhoben, noch wurden den „Germanen“ die Zugeständnisse hinsichtlich ihrer Autonomie eingeräumt, die Berger beispielsweise dem Flamenführer de Clerq noch 1941 garantiert hatte. 1942 erklärte Berger dem Flamen Dr. August Borms, „daß Flandern zum Reich müsse und nie ein Großdietschland entstehe“<sup>317</sup>, und wandte sich damit ganz offen vom VNV ab, den er vorher so ostentativ protegiert hatte. Dessen Platz nahm jetzt die für eine enge deutsch-belgische Annäherung plädierende „Deutsch-Vlämische Arbeitsgemeinschaft“ (DEVLAG) unter dem belgischen Studienrat Dr. Jef van de Wiele ein, der mit der GFL in Brüssel eng zusammenarbeitete<sup>318</sup>. Auf was also konnten die bedauernswerten germanischen Legionen Mitte 1943 bauen, stand ihnen doch der großgermanische Führer selbst schon seit etlichen Monaten „skeptisch“ gegenüber, da „jeder dieser Legionisten, wenn er nicht von seiner blutsmäßigen Zugehörigkeit zu der neu zu schaffenden größeren Einheit, zum germanischen Reich, durchdrungen sei, sich als Verräter an seinem Volk fühlen müsse“<sup>319</sup>. Die Idee der germanischen Elite, die durch die Aufstellung nordischer SS-Verbände einst ihre Feuertaufe erhalten hatte, wurde dann in dem Maße der Proletarisierung preisgegeben, wie Himmler dazu überging, neben den nordischen Waffen-SS-Verbänden auch noch solche aus osteuropäischen Freiwilligen aufzustellen, weil Hitlers Kriegsführung dies verlangte<sup>320</sup>. Das Resultat war ein weiteres Abfallen der Freiwilligen-Quote in den germanischen Ländern; im Oktober 1943 hatten nicht wenige desillusionierte Waffen-SS-Generale das Konzept der Freiwilligen-Werbung zugunsten einer „Einberufung nach rassischer Auslese“ verworfen<sup>321</sup>. Wenige Monate später tat Berger dann den zynischen Ausspruch: „Für jeden Fremdländischen, der fällt, weint keine deutsche Mutter!“<sup>322</sup> Es waren dies dieselben „Fremdländischen“, von denen der Waffen-SS-General Pancke im Juli 1942 noch gemeint hatte, sie brächten ihre Ansichten über das großgermanische Ideal, im Gegensatz zu vielen Vertretern der reichsdeutschen SS, „wirklich ausgezeichnet, mit lebendigem Schwung, mit wirklicher Begeisterung, und kampffreudigem Willen“ dar<sup>323</sup>. Nicht zu Unrecht spricht deshalb der einstige SS-Obergruppenführer Felix Steiner in seinem Nachkriegsbuch *Die Armee der Geächteten*<sup>324</sup> von den „Treulosigkeiten“ Himmlers gegenüber den „Freiwilligen“ bis 1945, wenn Steiners eigene Vorstellungen davon sich im einzelnen auch nicht mit den von unbefangeneren Experten recherchierten Fakten decken mögen. 1944, soviel ist sicher, war des Reichsführers Traum vom Großgermanischen Reich im Nichts zerronnen; Himmler aber wollte 1945 die germanischen Länder dafür büßen lassen. Holland etwa verdiene keine Schonung, da es seinen Untergang durch „Ausklammerung aus dem großgermanischen Gedanken“ selbst verschuldet habe<sup>325</sup>.

Als ob sie den Fluch, der das germanische Los getroffen hatte, brechen wollten, beriefen Sievers und Riedweg für Mai 1943 eine interne Tagung ihrer Stabsmitglieder ein, um Bilanz zu ziehen. Es gab nicht allein Personalschwierigkeiten zu besprechen, wie die im Falle Tackenberg. Der Prähistoriker, den man im Oktober 1942 noch zum SS-Führer hatte küren wollen<sup>326</sup>, zeigte dann doch keine Neigung, sich der Interessenpolitik Himmlers zu fügen. Vielmehr legte er, „um weiteren Komplikationen aus dem Wege zu gehen“, im Januar 1943 seinen Brüsseler Posten nieder und meldete sich ins Reich zurück „zur Wiederverwendung im Heeresdienst“<sup>327</sup>. Beim „Ahnenerbe“ offiziell als krank gemeldet, wurde Tackenberg Nachfolge als Leiter des Germanischen Wissenschaftseinsatzes in Flandern vorübergehend zu einer Zentralfrage der Forschungsgemeinschaft<sup>328</sup>. Wohl konnte man statt seiner einen provisorischen Ersatzmann in der Person des SS-Unterscharführers Wilke heranziehen, doch schon Mitte April 1943 stand dessen Ablösung auf dem Programm<sup>329</sup>. Am 24. April notierte Sievers, Professor Tackenberg in Bonn sei „wieder einsatzfähig“<sup>330</sup>, damit hatte er ihn jedoch noch lange nicht für sich gewonnen. Am besten war, er lud ihn zur großen Tagung des GWE nach Hannover ein, ein Schritt, den Tackenberg heute als „letzten Versuch“ wertet, seiner habhaft zu werden<sup>331</sup>.

In der Hauptsache jedoch ging es den Männern der SS auf der Hannoverschen Tagung, vom 13. bis 16. Mai, um ganz andere Probleme, die heute indes fast anachronistisch anmuten. Zur Debatte stand immer noch die Frage des Herrschaftsanspruchs der SS auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet in den germanischen Ländern. Hier hatte sich in den letzten Monaten wenig gewandelt. Das Germanische Institut in Holland bestand nach wie vor – dem „Ahnenerbe“ ein Dorn im Auge, trotz offizieller Versicherungen beiderseitiger „Zusammenarbeit“ anlässlich eines Besuches von Sievers bei Instituts-Protector Dr. Wimmer im Februar 1943<sup>332</sup>. Im März hatte Sievers geplant, zur Tagung nach Hannover auch Vertreter des niederländischen Instituts einladen zu lassen, „um unseren Führungsanspruch zu erhärten“. Die Institutsfunktionäre sollten so für das „Ahnenerbe“ eingenommen werden, daß – so Sievers – „wir dann auf diese Weise ohne großes Aufheben eine Zentrale konstituieren, in der als germanische Arbeitsgemeinschaft gerne alle mitwirken und wir dann doch die Fäden in der Hand behalten“<sup>333</sup>. Auf der Tagung brachte Schneider die störenden Tatsachen denn auch hart zur Sprache. Das Germanische Institut Seyß-Inquarts, so rügte er im geladenen Kreise der – zumeist deutschen – SS-Führer, Volkstumsexperten und Wissenschaftler<sup>334</sup>, übernehme nicht nur die Aufgaben des „Ahnenerbes“, sondern knüpfe daneben auch noch „eigene Verbindungen“ zu einheimischen Gruppen an<sup>335</sup>. Doch Sievers hatte nicht schlecht kalkuliert. Nachdem lang und breit über die Notwendigkeit einer SS-Zentralstelle wie das „Ahnenerbe“ zum Zwecke der einheitlichen Steuerung SS-gemäßer Kulturpolitik in den germanischen Ländern diskutiert worden war, insistierte schließlich Prof. von Stokar, dessen Manuskript „Urgeschichte des germanischen Hausbrot“ Sievers gerade zwecks Veröffentlichung prüfen ließ<sup>336</sup>, es müsse nun endlich ein Befehl kommen, „das Germanische Institut habe mit der Germanischen Leitstelle und dem ‚Ahnenerbe‘ zusammenzuarbeiten“<sup>337</sup>. Selbst Dr. Plutzar, Tagungsgast und langjähriger Gegenspieler von Stokars in den Rängen des Instituts, konnte sich dieser Notwendigkeit vorerst nicht entziehen<sup>338</sup>. Das Monopol der SS schien, was diesen Punkt anging, gesichert.

Indessen spiegelte die Kontroverse um das Germanische Institut in Den Haag lediglich das Unvermögen beider Seiten — der Kreise um Seyß-Inquart ebenso wie der SS — wider, die Einheimischen als überzeugte Anhänger entweder des einen oder des anderen Standpunktes zu gewinnen. Nach wie vor hielt Seyß-Inquart an seiner Politik der beschränkten Kollaboration mit einheimischen Nationalisten „aus optischen Gründen“ fest, ohne dabei wirkliche Zugeständnisse zu machen oder gar die Zügel der Besatzung aus der Hand zu geben<sup>339</sup>. Von Verfechtern der SS-Reichsideologie mußten Reichskommissar und NSDAP sich in Hannover daher auch den absurden Vorwurf gefallen lassen, durch Förderung von „Separatismus“ und „Partikularismus“ den „eigenen Gegner“ großzuziehen<sup>340</sup>. Dagegen sprachen „Ahnen-erbe“ und Freiwilligen Leitstelle noch immer von ihrem alten Reichskonzept, demzufolge durch zentrale Leitung „eine nationalistisch-chauvinistische Entwicklung unterbunden“ werden müsse<sup>341</sup>. Im Grunde wußte niemand mehr recht, woran er war, die Grenzen waren zu verwischt.

Gleichwohl kam man in Hannover um die Kernfrage nicht herum. Den meisten Anwesenden erschien die Einberufung der Tagung als ein Eingeständnis fehlerhafter Leistungen. Denn jeder sprach offen aus, was sich schon seit langem nicht mehr verheimlichen ließ: es mangelte an Kontakt zwischen Deutschen und „Germanen“. Eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und norwegischen Wissenschaftlern, „wie wir sie wünschten, sei nicht möglich“, bekannte Schwalm unverhohlen, da insbesondere der junge Nachwuchs den Deutschen feindselig gegenüberstünde<sup>342</sup>. Es sei ausgeschlossen, „an die jungen Leute überhaupt heranzukommen“, beklagte sich Professor Peter Paulsen, der sich, nach frisch gesammelten Erfahrungen als SS-Schulungsleiter im SS-Hauptamt, ebenfalls in Hannover eingefunden hatte<sup>343</sup>. Nur in Flandern sei es bisher gelungen, einen „jungen akademischen Nachwuchs“ zu erfassen, von hier seien 133 flämische Studenten auf dem Wege des Studentenaustausches nach Deutschland gekommen, und selbst die würden in Deutschland nicht einheitlich betreut<sup>344</sup>.

Doch welcher Art war die Lösung, die die Tagungsteilnehmer ins Auge faßten, um insbesondere das Übel des germanischen Nachwuchsmangels zu beheben? Nun wurde auch sie so autoritär formuliert, wie sich die SS im Gewand der Polizei schon seit langem gebärdete, und lief daher, taktisch gesehen, der ursprünglichen Psychologie des großgermanischen Gedankens völlig konträr. Was Schwalm im Mai in Hannover vorschlug, das klang nach Kampf und Härte, nicht aber nach Toleranz, brüderlicher Freundschaft und wahrem Verständnis: „Wir müssen vor allem an den akademischen Nachwuchs herankommen. Wir müssen einmal darangehen, eine Bestandsaufnahme der jungen Generation zu machen, um die namenlosen Wissenschaftler aufzusuchen. Wo stecken sie, und wer studiert im Reich, usw.? Wir müssen sie hinlenken zu ganz bestimmten Männern unter uns, die in der Lage sind, ihnen eine Blickrichtung zu geben, auf diese Frage hin. Es gilt, uns eine Schlüsselposition zu erobern, die jetzt fast alle in jüdischen Händen [!] sind, und dann die jungen Kräfte in diese führenden Positionen zu bringen.“ Und weiter: „Wir müßten einen kleinen Stoßtrupp aus der geeigneten Jugend aussuchen, und diesen gründlich wissenschaftlich ausbilden. Diese Jugend müßte sich vorher an der Ostfront bewährt haben.“<sup>345</sup> Hatte man noch nicht gemerkt, daß es selbst der mit dem Dritten Reich sympathisierenden Jugend draußen nicht mehr darauf ankam, für die Deutschen als Kanonenfutter an der Ostfront zu dienen? Wieder einmal ent-

larvte der Egoismus des Siegers gegenüber dem Besiegten, der aus Schwalms Worten klang, die so mühsam konstruierte „Reichsideologie“ als Kartenhaus, das im Begriff war, gänzlich in sich zusammenzufallen.

Die Arbeit des Germanischen Wissenschaftseinsatzes der SS in der Phase nach der Hannoverschen Tagung kann man heute nur noch als konfus bezeichnen. Starrer Autoritätsglaube und eine grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Kooperation mit den Ausländern wechselten einander ab. Das letztere Ideal wurde von wenigen „Ahnen-erbe“-Wissenschaftlern wie Herbert Jankuhn angesteuert, die wohl schon aus persönlichen Gründen echten internationalen wissenschaftlichen Austausch suchten nach der Art, wie sie ihn von früher gewohnt waren, und gedacht haben mögen, der germanischen „Reichspolitik“ doch noch eine positive Seite abgewinnen zu können. Jankuhn war es, der Schneider wenige Tage nach der Tagung nahelegte, sich der Probleme „Studienaustausch“ und „Studienbetreuung“ im Verhältnis zu den germanischen Ländern mehr anzunehmen, aber auch Vortragsreisen von deutschen Wissenschaftlern ins germanische Ausland und – das hörte man damals selten – von germanischen Forschern nach Deutschland, unter zentraler Leitung des „Ahnen-erbes“, zu ermöglichen<sup>346</sup>. Angesichts des steigenden Mitarbeitermangels im Altreich und der immer offener werdenden Ungeduld der germanischen Wissenschaftler war Sievers dieser Gedanke schon selbst gekommen; die „Gewinnung weiterer Mitarbeiter, gegebenenfalls von dienstverpflichteten holländischen Akademikern“ sowie die „Notwendigkeit der Erfassung der Studenten aus den germanischen Ländern“ erwog er laut Tagebuch am 18. Mai 1943<sup>347</sup>. Im Januar 1944 fand eine Arbeitsbesprechung des GWE in Salzburg statt, an der neben regulären deutschen Stabsmitgliedern auch „mehrere niederländische Kameraden“ teilnahmen<sup>348</sup>. Dieser „Austausch“ wurde fortgesetzt, als im Sommer des Jahres einige holländische und belgische Mitarbeiter anlässlich der „Jubiläumswche“ der deutsch-norwegischen Gesellschaft zu Professor Schwalm nach Oslo reisten<sup>349</sup>. Und im August meldete Sievers an Berger, im Rahmen der germanischen Wissenschaftsarbeit in den Niederlanden bestünden nun bereits zwei Forschungsstellen, die „Lehr- und Forschungsstätte“ für Erbbiologie, der ein Institut für Vaterschaftsgutachten in Leiden angegliedert sei, und der „Dienst für Rasse- und Erbgutesundheit“. Die Leitung der Stellen hätten Einheimische inne: im ersteren Falle der holländische Prof. Dr. Stroer, im zweiten SS-Obersturmbannführer Dr. van der Hoeven<sup>350</sup>, wobei heute zu bedenken ist, daß beide Institute der Volksche Werkgemeinschaft unterstanden und somit die Selbständigkeit der holländischen Wissenschaftler schon wieder in Frage gestellt war.

Tatsächlich blieb diese „Zusammenarbeit“ auf halbem Wege stecken, ehe sie ganz von den Kriegseignissen überholt wurde. Denn das autoritäre Moment war stärker. So im Falle der geplanten „Frontuniversität Leiden“, an der sich die Männer des Germanischen Wissenschaftseinsatzes zeitweilig interessiert zeigten. Im Frühjahr 1942 war die Universität Leiden mit der Dispensierung des holländischen Rechtsgelehrten Prof. Dr. R. Kranenburg durch die deutschen Besatzungsbehörden ein Opfer der Seyß-Inquartischen Gleichschaltungspolitik geworden: da sich nach dem Eklat achtzig Prozent des Lehrkörpers geweigert hatten, die Lehrtätigkeit fortzusetzen, war die Hochschule von den Deutschen geschlossen worden<sup>351</sup>. Ende des Jahres wurde von Stokar durch Kulturkommissar Wimmer mit den Planungen für „die erste germanische Universität“ beauftragt, und sofort zog Stokar das „Ahnen-

erbe“ mit hinein<sup>352</sup>, das den GWE einschaltete. Die Hochschule sollte als „Frontuniversität“ hauptsächlich deutsche Wehrmachts- und SS-Veteranen ausbilden<sup>353</sup>; bezeichnenderweise war aber von den möglichen Interessen der germanischen Reichs- und Waffenbrüder an der „Frontuniversität“ kaum die Rede, wieder einmal zeigte sich die SS in ihrer wahren Gestalt: als Herren, die über Besiegte bestimmten. Dem holländischen Brudervolk sollte die Neueröffnung überhaupt nicht bekanntgegeben werden; vielmehr wollte man eine „Evakuierung einer oder mehrerer deutscher Hochschulen“ nach Leiden vortäuschen. Von den niederländischen Studenten waren nur solche aus den Reihen der holländischen Waffen-SS an der „Frontuniversität“ zu immatrikulieren, und zwar „soweit die Hörsäle und Institute nicht [von Deutschen] überfüllt sind“. „Loyale“ niederländische Dozenten, so hieß es, „können“ verwendet werden; zu einem zentralen Anliegen wurde diese Frage vom zuständigen Germanischen Wissenschaftseinsatz indes nicht gemacht<sup>354</sup>. Im Laufe des Jahres 1944 gaben freilich weder das Reichskommissariat Niederlande noch der Germanische Wissenschaftseinsatz Himmlers ihrer Neigung Ausdruck, das Projekt weiter zu verfolgen. Wie die Vertreter des GWE sich gegenüber holländischen Studenten an einer „Frontuniversität Leiden“ verhalten hätten, kann man allenfalls erraten: oppositionelle Elemente, die sich der germanischen Doktrin in den Hörsälen widersetzt hätten, wären von der sie beaufsichtigenden SS rücksichtslos niedergeknüpelt und wegen Ungehorsams in deutsche Konzentrationslager eingeliefert worden, so wie es den aufständischen norwegischen Studenten erging, die das „Ahnenerbe“ 1944 zur „Umerziehung“ in seine Obhut nahm. Bei diesem Versuch demonstrierten Himmlers Spezialisten zum letztenmal, wie wenig ihnen das Geschick der „Germanen“ doch am Herzen lag, aber auch, wie sehr sie darauf angewiesen waren, mangelndes Einfühlungsvermögen durch plumpe Gewaltmethoden zu ersetzen.

Im Dezember 1943 war als Folge des Ausnahmezustands in Norwegen die Universität Oslo geschlossen, 65 Professoren und etwa 1 500 Studenten waren verhaftet worden<sup>355</sup>. Himmler fiel die undankbare Aufgabe zu, die Studenten polizeilich zu behandeln. Etwa 650 Studenten wurden sofort nach Deutschland deportiert; 289 kamen am 19. Dezember zur „Umerziehung“ ins Schulungslager Sennheim bei Straßburg, 349 am 13. Januar 1944 ins KL Buchenwald<sup>356</sup>. Am 23. Januar befahl Himmler dem Reichsgeschäftsführer des „Ahnenerbes“, Männer zu bestimmen, die im Rahmen des Germanischen Wissenschaftseinsatzes bei den Sennheimer Studenten Schulungsvorträge halten könnten, um sie zur großgermanischen Reichsidee zu bekehren und zur aktiven Mitarbeit in der SS zu bewegen. Sievers designierte mehrere Herren des „Ahnenerbes“, darunter auch Wüst und Plafmann<sup>357</sup>. Doch schon bei einer näheren Erwägung der Vortragsthemen wurden die Schwierigkeiten des Unternehmens deutlich. Um die norwegischen Patrioten nicht gänzlich vor den Kopf zu stoßen, mußte von NS-Politik, die der „Umerziehung“ direkt gedient hätte, vorerst Abstand genommen werden; die Vorträge sollten „in streng wissenschaftlicher Weise, ohne politische Tendenzen erkennen zu lassen, die germanische Gemeinsamkeit beleuchten“<sup>358</sup>. Auch der geringste weltanschauliche Anklang erschien bedenklich. Zwar sei die Sinnbildforschung als Thema in Sennheim bis jetzt noch nicht vertreten, schrieb Professor Wolfram im Februar, doch sei bei ihrer Behandlung damit zu rechnen, „daß die Leute innerlich widerstreben, wenn z. B. vom Hakenkreuz die Rede ist“<sup>359</sup>, selbst wenn er, wie er später mein-

te<sup>360</sup>, „in einer nordischen Sprache“ spräche, damit der „Zugang“ besser sei. Mit äußerlich neutralen Themen wie „Die Daseinsmacht der Wissenschaft in ihrer indogermanischen Verflechtung“ (Wüst) und „Das Haus als Heiligtum“ (Huth) gedachte man schließlich, auf die Norweger einzuwirken<sup>361</sup>. Die bereits gerühmte Tarntaktik des GWE mußte sich noch einmal bewähren.

Die Studenten aber blieben fest, und da brach auch im „Ahnenerbe“ die Linie der Verständigung. Es zeugt von der geistigen Ohnmacht der SS-Intellektuellen, daß sie letztlich doch wieder ihr Heil in der Gewaltanwendung suchten, dafür aber ihre Opfer selbst verantwortlich machten. Schwalm brachte die Renitenz der Studenten schon im Februar in einen ursächlichen Zusammenhang mit ihrer angeblich mangelhaften geistigen Bildung und attestierte seinen Schützlingen nicht nur den „Ausdruck völliger Glaubenslosigkeit“, sondern auch eine „völlige Unfähigkeit . . . religiös zu erleben oder nachzuerleben“<sup>362</sup>. Um ihrer Mißbilligung Nachdruck zu verleihen, ließ die SS im Sommer 1944 fast alle Sennheimer Studenten zusammen mit 117 Norwegern aus Buchenwald „nach Ausscheidung der völlig destruktiven Elemente“ zu einer „Kompanie“ zusammenfassen und zum Arbeitseinsatz in einer nahegelegenen Fabrik sowie zu „schweren Schanzarbeiten“ in der näheren Umgebung abkommandieren<sup>363</sup>. Ab 23. Oktober mußte der Rest der Buchenwalder dieses Schicksal teilen<sup>364</sup>. Schwalm rationalisierte unterdessen, „die meisten der Ausgesuchten“ seien ohnehin „keine Elite nach rassischen Gesichtspunkten“, sondern „Minderrassige“ der norwegischen Bevölkerung. „Man wird nicht erwarten können, daß aus diesem Kreis eine neue Führungselite des norwegischen Volkes erwächst.“<sup>365</sup>

Das Ende der Affäre war tragisch genug. Das Lager Sennheim wurde von der SS im November 1944 aufgegeben, daraufhin trieb man die Studenten in einen Ort in der Nähe Freiburgs. Von dort wurden sie am 12. Dezember zurück nach Buchenwald verfrachtet<sup>366</sup>. Noch im selben Monat gab Himmler, auf Bitten des Medizinalrates Kersten hin, fünfzig der Studenten frei<sup>367</sup>. Alle andern wurden am 1. März 1945 in das KL Neuengamme bei Hamburg evakuiert; erst im April sind sie nach Skandinavien gelangt<sup>368</sup>.

Im Herbst 1944 gab es freilich für die Wissenschaftsfunktionäre des GWE kaum noch Grund, auf irgendein Zeichen des Erfolges zu hoffen. Die nationalsozialistische Offensive wich der Defensive an allen Fronten; die Katastrophe kündigte sich an. In den westlichen Randstaaten begann sie. Am 6. Juni waren die Alliierten an der normannischen Küste an Land gegangen; am 2. September nahmen sie Brüssel<sup>369</sup>. Wahrscheinlich schon zu Anfang des Monats erhielt die flämische Dienststelle des GWE unter SS-Gruppenführer Jungclaus den Befehl, die „kulturpolitische“ Arbeit in Belgien einzustellen<sup>370</sup>. Van de Wiele, Haupt der Kollaborateure in Flandern, befand sich damals jedenfalls auf der Flucht nach Deutschland – zusammen mit seinem Kameraden August Borms<sup>371</sup>. In Den Haag, wo sich die SS gleichfalls bedroht fühlte (obschon die alliierten Truppen Holland erst im April 1945 ganz besetzten), zog der GWE-Vertreter Dr. Mai auf Befehl Rauters am 5. September 1944 in ein Ausweichquartier nach Hengelo nahe der deutschen Grenze<sup>372</sup>; Seyß-Inquarts Verwaltungsstab saß bereits seit 1943 im gelderländischen Apeldoorn<sup>373</sup>. Gegen Ende September begab sich Mai nach Berlin, um dort die Auflösung seiner Dienststelle anzuzeigen<sup>374</sup>. In Norwegen vermochte Schwalm sich noch etwas länger zu halten; hier standen deutsche Truppen bis zum Zeitpunkt der Gesamtkapi-

tulation am 8. Mai 1945. Immerhin zog sich auch Schwalm Anfang Dezember von Oslo nach Berlin zurück – der Abgang wurde von ihm selbst als „vorübergehende Rückberufung“ zum Zwecke einer „anderweitig besseren Ausnutzung der Arbeitskraft des Unterzeichneten“ verschleiert<sup>375</sup>. Doch was gab es da noch zu „arbeiten“? Die letzten Arbeitsleistungen des GWE erschöpften sich in einer mehr oder weniger echt empfundenen Hilfestellung für geflüchtete germanische Mitarbeiter, die in ihrer Heimat schlimmstenfalls der Galgentod des Verräters erwartete. Um dem kläglich versiegenden Wissenschaftseinsatz überhaupt noch einen Sinn zu geben, hatte Reichsgeschäftsführer Sievers gegen Jahresende 1944 einen Befehlswortlaut für den Reichsführer entworfen, demzufolge das „Ahnenerbe“ damit beauftragt wurde, „die aus den germanischen Ländern geflüchteten Wissenschaftler zusammenzufassen, in geeigneter Weise für sie zu sorgen, und arbeitsmäßig im Rahmen ihrer Leistungsmöglichkeiten anzusetzen“<sup>376</sup>. Obwohl Himmler diesen Entwurf, soweit feststellbar, niemals unterzeichnet hat, ließ das „Ahnenerbe“ sich gar nicht erst bitten. An erster Stelle auf der Liste der Flüchtlinge stand der Name des Professors Jan de Vries, eines an sich hervorragenden niederländischen Germanisten, der unter Zurücklassung seiner Bibliothek in Leiden als einer der ersten zum „Ahnenerbe“ ins Reich geflohen war<sup>377</sup>. Auf Drängen Brandts und Rauters hin erwirkte Sievers für de Vries im November 1944 einen Erholungsaufenthalt an der Ostsee, schaltete dann über Mentzel die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit einem Forschungsauftrag ein und versuchte zusätzlich, dem Gelehrten eine Professur zu verschaffen, was allerdings in den letzten Monaten des Krieges doch nicht mehr gelang<sup>378</sup>. De Vries nicht mitgerechnet, hielten sich bereits Mitte September 1944 nicht weniger als 21 geflüchtete Wissenschaftler aus den germanischen Ländern in der Ausweichstelle des „Ahnenerbes“ in Waischenfeld/Oberfranken auf<sup>379</sup>. Norweger waren indes nicht dabei, wohl zum Leidwesen des Professors Schwalm. Er war es, der ein Dokument hinterließ, das wie wenige Schriftstücke jener Zeit den fanatischen Glauben eines kleinen Häufleins Unentwegter an die Durchhaltekraft der nationalsozialistischen Idee widerspiegelt, wobei hier offen bleiben muß, ob Schwalm selbst sich diesem Häuflein damals noch zugehörig fühlte oder nach außen hin nur so tat. Wie dem auch sei – das Schreiben legt die ganze Tragik des geistigen Bankrotts der letzten Monate bloß, den der Germanische Wissenschaftseinsatz mitverschuldet hatte. An einen deutschfreundlichen Norweger schrieb Schwalm am 19. Dezember 1944: „Wie wenige Ihrer Landsleute sind Ihre Empfindungen und Gefühle für Deutschland und seinen Führer und für die werdende größere germanische Gemeinschaft immer unverändert herzlich und tief gewesen. Ich bin überzeugt, daß Sie – ich darf wohl sagen wir – mit unserem Streben letztlich doch den Sieg davontragen werden, wenn es auch im Augenblick so scheint, als habe uns das Glück verlassen und als sollten die Recht behalten, die heimlich oder offen in Norwegen gegen uns stehen. Ich bin hier in Deutschland in eine Gemeinschaft zurückgekehrt, die mehr denn je in dem festen Glauben an den Enderfolg zusammensteht und die sich durch keine noch so große Not und keinen noch so schamlosen Terror wankend machen läßt. Es ist wunderbar das zu erleben, und ich schreibe es Ihnen, weil ich auch Sie in diese Gemeinschaft einbeziehe.“<sup>380</sup> Das war der Schwanengesang des Großgermanischen Reiches, das bisher nur in den Hirnen seiner kompromißlosesten Verfechter feste Gestalt angenommen hatte.

#### 4. Großgermanische „Kulturpolitik“ – ein Alibi für die Kriegszeit?

An dem großgermanischen Desaster war das „Ahnenerbe“ nicht unwesentlich beteiligt. Auch seine Wissenschaftler und Funktionäre vermochten nicht, den Widerspruch, der zwischen der Polizeigewalt der SS einerseits und der kulturellen Hilfeleistung andererseits bestand, aufzulösen. Indes war diese Hilfestellung nur scheinbar segensreich, in Wahrheit diente sie der machtpolitischen Zielsetzung Heinrich Himmlers, und die wäre schließlich doch nur in Adolf Hitlers europäische Gewaltherrschaft eingemündet. Das dürften die Vertreter des „Ahnenerbes“ wohl gewußt haben, und so erklärt man sich denn die rücksichtslosen Bemerkungen Schwalm auf der Hannoverschen Tagung hinsichtlich der norwegischen Jugend und den Zynismus, mit dem er sich über die renitenten norwegischen Studenten äußerte. Gleichwohl steht Schwalm nicht allein: er ist typisch für die Gruppe jener SS-Professoren, die an die von Himmler dekretierten „Ideale“ glaubten, dann aber meinten, diese notfalls auch mit brutaler Gewalt durchsetzen zu müssen, falls ihnen nicht freiwillig Folge geleistet werde. Diese Art des Denkens mag bis 1945 eine ganze Reihe von Wissenschaftlern des „Ahnenerbe“ charakterisiert haben – Männer, die sich von den Kriegserfolgen Hitlers mitreißen ließen und einen kulturpolitischen Einsatz des „Ahnenerbes“ außerhalb des Altreiches um so mehr zu akzeptieren vermochten, als sie Grund zu der Vermutung hatten, der professorenfreundliche Himmler werde ihre eigenen wissenschaftlichen Belange auch im Ausland hochhalten. Dazu trat bei vielen die Überlegung, daß sie die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit im Elite-Verein der SS auch im Ausland, ja selbst im Frontgebiet, vor vergleichsweise vulgärerem Dienstleistungen bewahren würden: es war ganz einfach „feiner“, in schwarzem oder feldgrauem SS-Dreß und Koppel in I.-Klasse-Abteilen zu Sondermissionen durch das besetzte Ausland zu fahren<sup>391</sup>, als in der Wehrmacht als einfacher Soldat oder bei den Verwaltungsbehörden, etwa denen des proletenhaften ukrainischen Reichskommissars Koch, als kleiner Bürokrat dienen zu müssen. Der idealistische Impuls des Forschers verband sich hier mit dem opportunistischen des selbstbewußten Karrieristen.

Wie bedeutsam waren die „germanischen“ und verwandte Arbeiten für die Entwicklung des „Ahnenerbes“? Die Abteilung „Germanischer Wissenschaftseinsatz“ drückte der Forschungsgemeinschaft Himmlers den Stempel kriegsbedingter Unentbehrlichkeit auf und legitimierte sie damit, aus der Sicht der Vereinsleitung, endgültig als politisches Werkzeug der Schutzstaffel. Daß diese Legitimation nur scheinbar war, sollte Reichsgeschäftsführer Sievers erst später aufgehen. Einstweilen aber mag gerade er Grund gehabt haben, die Kontinuität einer „Kriegswichtigkeit“ für das „Ahnenerbe“ fest zu begründen – das würde etwa seinen unermüdlichen Eifer in Südtirol erklären. Diese Kontinuität ließ sich durch das Wirken weniger Schlüsselleute gewährleisten – in der Abteilung GWE beispielsweise waren es nur Sievers, Schneider, Kersten, Mai und seit 1941 auch Schwalm. Aus der Sicht Sievers' hätten die verschiedenen „Sondereinsätze“, etwa der Jankuhns, denselben Zweck erfüllt. Gewiß mögen Sievers' Überlegungen dabei weitgehend von der Problematik des Personal mangels bestimmt gewesen sein, muß es doch in seinem Interesse gelegen haben, für einen gerechten Ausgleich zwischen Wehr- oder Waffen-SS-Dienst und „Ahnenerbe“-Arbeit (in Anpassung an die Kriegsterminologie nannte man sie „Einsatz“) zu sorgen: er wußte, daß seine Männer an der Front gebraucht wurden und

wollte sie auf keinen Fall horten, um sich nicht die Unbill der Reichsbehörden oder gar des Reichsführers-SS zuzuziehen. Um so nachdrücklicher verlangte er dann den „Einsatz“ seiner Leute, wenn sie tatsächlich zur Verfügung standen. Professor Wolfram, der im Juli 1944 lieber Vorlesungen an der Universität Wien gehalten hätte, als einem GWE-Sonderauftrag im Rahmen der Waffen-SS zu genügen, wurde von Sievers schwer getadelt. Der Reichsgeschäftsführer konnte nicht damit einverstanden sein, „daß Sie Vorlesungen halten und dann, wenn Ihr Einsatz erforderlich ist, durch aufopfernde Universitätstätigkeit erschöpft und krank sind“. Dann wurde Sievers deutlich: „Wir haben Sie nämlich nicht deshalb von der Truppe [an der Front!] zurückgeholt, damit Sie nun für unseren Einsatz ausfallen!“<sup>382</sup> Man könnte also argumentieren, Sievers habe die Gastschauspiele seines „Ahnen-erbes“ auf fremden Bühnen während des Krieges nur deshalb inszeniert, um seine eigene, in Friedenszeiten mühsam aufgebaute Stellung nicht zu gefährden. Dafür spräche weiterhin die Tatsache, daß er sich in den Randländern um politische Doppel- und Dreifachposten bemühte und von diesen dann auch nicht mehr lassen wollte: Anfang 1943, auf der Höhe seiner Entwicklung, operierte das „Ahnen-erbe“ gleichzeitig in Südtirol, im Kaukasus und in den germanischen Ländern; der verstiegene Durchhalteoptimismus, mit dem dann in der Folgezeit noch eine norwegische Ausgabe der Zeitschrift *Hamer* gerade für das Land vorbereitet wurde, in dem die Vertreter des „Ahnen-erbe“ am wenigsten gelitten wurden<sup>383</sup>, ließ sich wieder nur auf Sievers' Hartnäckigkeit zurückführen. Diese Hartnäckigkeit mag um so stärker geworden sein, je mehr offenbar wurde, wie schwach der Abglanz war, der trotz der gewaltigen kulturellen Anstrengungen auf die Forschungsgemeinschaft im Altreich selbst fiel: im Pluralismus „kriegswichtiger“ Institutionen, der gegen Ende des Krieges selbstzerstörerische Formen annahm, blieb das „Ahnen-erbe“ verschwindend klein. Das ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die SS als Ganzes es schwer hatte, sich in den germanischen Randländern, aber auch in Polen, Südtirol und Rußland, endgültig gegen die Vertreter von Wehrmacht, Auswärtigem Amt oder Reichsostministerium durchzusetzen.

Wie wenig Sievers gegen das Gefühl der Unsicherheit gefeit gewesen sein mag, könnte nicht nur sein obstinates Ausharren in dem einmal eroberten Stützpunkt Bozen beweisen, sondern auch die Tatsache, daß er, zumindest für parteiinterne Zwecke, aus den jeweiligen Einsätzen propagandistisch das Beste zu machen wußte. Das gilt insbesondere für den Germanischen Wissenschaftseinsatz. Der halbgebildete SS-Standartenführer, der schon vor dem Kriege kulturpolitische Fäden innerhalb des Reiches gesponnen hatte und dies auch während des Krieges nicht lassen konnte<sup>384</sup>, steckte die Grenzen seines Imperiums weiter, als sie in Wirklichkeit waren, gab sich einflußreich in Regionen, die noch nicht einmal von nationalsozialistischen Truppen erobert worden waren. Auf einem Schaubild, 1943/44 verfaßt, zeichnete er sämtliche tatsächlichen und vermeintlichen Stationen seines Einflusses ein, ohne sich irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen. Objektiv betrachtet, baute Sievers hier wieder nur ein Potemkinsches Dorf, mit jenem aus dem Jahre 1939 vergleichbar, dessen eindrucksvolle Fassaden sich auf den Seiten der *Denkschrift* präsentiert hatten.

Damals gab es wenig Kontrollmöglichkeiten, heute aber läßt sich Sievers' Schaubild ohne Schwierigkeiten entlarven. Da heißt es beispielsweise, die Abteilung „Germanischer Wissenschaftseinsatz“ des „Ahnen-erbe“ unter SS-Hauptsturmfüh-

rer Dr. Schneider habe in Schweden Dr. Graf Oxenstierna als Vor- und Frühgeschichtler eingesetzt<sup>385</sup>. Nun stand der deutschfreundliche Oxenstierna als Privatmann um 1943 zwar mit Sievers, Schneider und Jankuhn in Verbindung<sup>386</sup>, konnte aber kaum als der offizielle Vertreter des GWE in Schweden bezeichnet werden, da weder Schutzstaffel noch „Ahnenerbe“ dort überhaupt verankert waren. Das gleiche galt für den Züricher Dr. Ruoff, einen Genealogen und Schweizer Nationalsozialisten, der sich Ende 1942 beim „Ahnenerbe“ bewarb und im März 1943 schließlich von Sievers für einen „sippenkundlichen“ Einsatz in den Niederlanden vorgesehen wurde<sup>387</sup>. Gleichwohl erscheint auch sein Name 1944 auf dem besagten Dokument, im Zusammenhang mit einer angeblichen Vertretung des GWE in der Schweiz<sup>388</sup>. Ferner werden GWE-Außenstellen in Frankreich und „Wallonien“, dem westlichen Teil Belgiens, als „im Aufbau“ angegeben<sup>389</sup>, was durch die Akten jedoch keineswegs bestätigt wird.

Das enorme Kräfteverhältnis, das Sievers auf seiner Zeichnung für den GWE in den germanischen Ländern vortäuschte, war in Wahrheit eher umgekehrt. Unter den Reichs- und Parteistellen, ja sogar innerhalb der SS, bedeutete der Germanische Wissenschaftseinsatz als organisatorisches Anhängsel der Freiwilligen Leitstelle sehr wenig. Allein am Beispiel Hollands mag man sich das vergegenwärtigen: der GWE-Verlag Hamer stellte dort nur einen von insgesamt elf offiziellen Parteiverlagen dar<sup>390</sup>. Am Modell Flandern wird der Sachverhalt noch deutlicher, und zwar aus der Sicht der SS. Schon die Leitstelle, Außenstelle Flandern, unter SS-Gruppenführer Jungclaus – den Apparat des Höheren SS- und Polizeiführers nicht mitgerechnet – bestand aus sieben Hauptabteilungen, unter denen das „Kulturpolitische Referat Ahnenerbe“ (d. i. die Außenstelle des GWE) als Abteilung Nr. III fungierte<sup>391</sup>. Bedenkt man fernerhin, daß dem „Ahnenerbe“ selbst von der mit ihm kooperierenden Leitstelle Bergers, erst unter Riedweg, dann unter dessen Nachfolger Spaarmann, mit der Zeit mehr und mehr der Rang des kulturpolitischen Referats Himmlers streitig gemacht wurde<sup>392</sup>, so erweist sich das komplizierte Schema des Wolfram Sievers in der Tat als eine gewaltige Seifenblase.

Gleichwohl: was immer die übertriebene Aktivität des Reichsgeschäftsführers Sievers während des Krieges motiviert haben mag – man darf die These von einem Alibi für die Kriegszeit zugunsten der „Ahnenerbe“-Leute nicht zu weit treiben. Sie läßt nämlich gänzlich außer acht, daß Himmler selbst es war, der sein „Ahnenerbe“ im Ausnahmezustand des Krieges zur Festigung seiner Stellung benutzt hat, wenn er die Einzelheiten der Planung auch mehr und mehr dem Reichsgeschäftsführer überließ. Von dieser Warte aus gesehen, erschien der Zweite Weltkrieg nicht als ein beklagenswertes Übel, das der „normalen“ Entwicklung des „Ahnenerbes“ hinderlich sein würde, sondern als willkommenes Mittel zum Wachstum, und zwar nach Kriterien, die sich nicht unbedingt in ein normatives Schema zwingen ließen. Man kann sogar sagen, daß sich die Totalität des Krieges mit der Zeit auf die Thematik wie auf die Struktur des „Ahnenerbes“ übertrug: das „Ahnenerbe“ wurde total in der Bereitschaft zur Zweckwissenschaft jeder Art und in der scheinbar unbeschränkten Kapazität zur physischen Ausdehnung.